

Auszüge Info-Briefe 2024

Info-Brief vom 15.04.:

2. Gendersprache

Gendersonderzeichen nutzlos

Psychologen von der Universität Würzburg haben eine neue Studie über die Zuordnung von Geschlechtern bei Personenbezeichnungen im Deutschen vorgelegt und dabei auch die Wirkung von Sonderzeichen überprüft. Die Studienteilnehmer bekamen Sätze wie „Die Nachrichtensprecher^ trugen schicke Kleidung“ zu lesen“, in denen also der Zirkumflex als neues Sonderzeichen eingeführt wurde und zwar mit der Erklärung, dass damit Frauen und Männer gemeint seien. Es stellte sich heraus, dass der Zirkumflex nicht zu einer inklusiven Lesart führte. Dieses verfehlte Wunschergebnis dürfe getrost auf Sternchen, Doppelpunkt und andere Sonderzeichen übertragen werden. (welt.de (Bezahlschranke))

Ziele erreicht

Die baden-württembergische Volksinitiative gegen Gendersprache in Behörden will ihre Klage beim Verfassungsgerichtshof nun zurückziehen. Der Initiator Klaus Hekking gab bekannt, durch den Kabinettsbeschluss vom 30. Januar seien die Ziele des Volksbegehrens „im Wesentlichen erreicht“: Die Landesregierung hatte Anfang des Jahres bekannt gegeben, dass im öffentlichen Schriftverkehr künftig keine Gendersonderzeichen mehr verwendet werden. Hekking führte dazu aus, die entsprechende Verwaltungsvorschrift gelte auch an den landesweiten Schulen. Prüfungsleistungen an Schulen und Universitäten dürfen nicht schlechter bewertet werden aufgrund von fehlender Gendersprache. Das Innenministerium hatte das Volksbegehren aus formalen Gründen zunächst abgelehnt. Daraufhin war die Klage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht worden. (swr.de)

Hamburg stimmt über Gendersprache ab

Vertreter der Hamburger Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ haben am Donnerstag in Hamburg den Antrag auf die Durchführung des Volksbegehrens eingereicht. Es ist das seit 2014 erste Volksbegehren im Stadtstaat, das nun zustande kommt. Hamburger Bürger können ab sofort auf ohne-gendern.de einen Antrag auf Briefeintragung hinterlegen, die Initiative leitet diese Anträge an den Landeswahlleiter weiter, der im Juli die Unterlagen an die Bürger verschickt. Bei der dreiwöchigen Abstimmung im Sommer müssen 66.000 Unterschriften zusammenkommen. Zwar habe die Hamburger Bürgerschaft die Sammlung der Unterschriften in die Sommerferien verlegt und eine Online-Stimmabgabe verwehrt, aber „wer vom staatlichen Gendern genervt ist, kann in 60 Sekunden bereits jetzt den erforderlichen Antrag stellen“, versichert Notar Jens Jeep, eine der drei Vertrauenspersonen der Volksinitiative. „Wir leiten die Anträge dann als Bote an den Landeswahlleiter weiter, der im Juli die Unterlagen direkt an die Bürger verschickt“, so Jeep. „Privat kann und mag jeder so viel gendern, wie er möchte“, sagt Claudia Guderian, ehemalige PEN-Generalsekretärin, „uns geht es darum, dass wir Bürger und vor allem unsere Kinder nicht überall dort gezwungen werden, komplizierte gegenderte Sprache zu lesen und zu hören, wo wir uns dem nicht entziehen können. Das gilt für Behördenschreiben ebenso wie im Schulunterricht.“ (abendblatt.de (Bezahlschranke), ohne-gendern.de)

Söder bei Maischberger

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder war in der vergangenen Woche zu Gast in der ARD-Diskussionssendung „Maischberger“. Dort betonte er seinen Standpunkt, das Gendern habe in den deutschen Amtsstuben und Schulen „nichts zu suchen“; privat könne sich jeder „verschlucken“ und „mit Sternchen sprechen“. Neben seinen humoristischen Seitenhieben gegen das Gendern habe er im Laufe der Sendung auf weitere Probleme im Land verwiesen, wie etwa die außenpolitische Lage oder die Wirtschaft.

Susan Arndt, Professorin für Anglophone Literaturen an der Universität Bayreuth, greift in ihrer Focus-Kolumne die Entwicklung in Bayern auf. Sie könne als Universitätsprofessorin „auf Markus Söders Verbot geschlechtergerechter Strafe klammheimlich pfeifen“, werde das aber nicht tun, sondern vielmehr laut dagegen vorgehen und gendern. Sprache reagiere immer sensorisch auf die Bedürfnisse und Dynamiken einer Gesellschaft, daher hätten in den 2000er-Jahren verschiedene Symbole zum Gendern ihren Weg in die Sprache gefunden; sie bildeten die Geschlechtervielfalt ab, die es seit jeher gebe. Mit dem Genderverbot verrate die CSU die Freiheit, dabei blase sie in das gleiche Horn wie die AfD. ([focus.de](https://www.focus.de), [focus.de](https://www.focus.de))

Gender-Kritik? Kündigung!

Die Wiener Galerie Belvedere hat einer Angestellten gekündigt, nachdem diese sich kritisch zum Gendern in den Ausstellungstexten geäußert hatte. Die gebürtige Tschechin Michaela Gebertova hatte Ende Januar in einer internen Runde mitgeteilt, dass sie es gut fände, wenn die Galerie „die deutsche Sprache hegt und pflegt. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung wäre, dass man das Gendern abstellt. Viele Bildbeschreibungen und Texte (...) wirken aus diesem Grund milde gesagt holprig.“ Nach Ostern wurde ihr mitgeteilt, dass ihr befristeter Vertrag nun doch nicht unbefristet verlängert, sondern vielmehr aufgelöst würde. Die Begründung laut Gebertova: „Sie sagten mir, dass ich sie damals mit dem Mail ziemlich verärgert hätte und das Gender-Thema für sie sehr wichtig sei.“ Gebertova ist nebenbei als Übersetzerin für Englisch und Slowakisch tätig, kennt sich also mit Sprachen aus, hat Deutsch nach amtlichen Regeln gelernt und findet „eine Verhunzung des so schönen österreichischen Deutsch unmöglich“. Außerdem seien ihr immer wieder die Reaktionen von Besuchern aufgefallen, die sich über die gegenderten Texte mokiert und an den Kopf gegriffen hätten. Das Belvedere gendert mit dem Sternchen, was zu absurden Konstruktionen führt, so der Kurier: „Ferdinand Waldmüller wird als einer ‚der gefragtesten Künstler*innen in Wien‘ bezeichnet; im Barock ist von ‚Maler*innen‘ die Rede, andernorts von ‚Medienpartner*innen‘.“ ([kurier.at](https://www.kurier.at) (Bezahlschranke), twitter.com/vds)

7. Soziale Medien

Gender-Gestotter bei Markus Lanz

In der Sendung vom 10. April 2024 hatte Markus Lanz drei Experten zu Gast, die sich zum Thema „Kriminalitäts-Statistik“ austauschen wollten. Der Inhalt geriet dabei teilweise zur Nebensache, denn die Kriminologin Nicole Bögelein legte gelebtes Gender-Stottern an den Tag. Einen Zusammenschnitt des gesprochenen Glottisschlags gibt es auf dem X-Konto des VDS, der es mit den Worten „Total natürliche Sprechweise. Nicht.“ hochgeladen hat.

@hawaiiitoast_ schrieb dazu: „Es ist so affig. Sorry, aber ich kann Leuten, die so reden beim besten Willen nicht zuhören und schalte ab.“, @JoyMeckes kommentierte: „Gendern klingt wie ein Systemfehler.“, und @OliHeck rät: „Sie sollte ihren Sprachfehler mal behandeln lassen.“ (twitter.com/vds)

8. Kommentar

Was Sprache so kann

Sprache reagiere „sensorisch auf die Bedürfnisse und Dynamiken einer Gesellschaft“, meint Susan Arndt von der Universität Bayreuth: Verschiedene Symbole zum Gendern hätten ihren Weg in die Sprache gefunden; sie bildeten die Geschlechtervielfalt ab, die es seit jeher gebe. Da erstaunt immer wieder, wie leichtfertig Sprache zu einem Lebewesen verzaubert wird. Sie ist „lebendig“, sie Sprecher – ist sensibel und passt sich an.

Da haben wir aber Glück gehabt. Diese Sichtweise besitzt nämlich einen Vorzug: Man kann die Sprache dafür verantwortlich machen, dass etwas nicht stimmt. Ja, und wir waren es nicht, wir waren nicht einmal in der Nähe. Zum Beispiel ist sie „ungerecht“ und muss deshalb gemäßregelt werden, sie solle gefälligst gendern. Wir Genderunbewegten legen die Füße hoch: Die Sprache wird es schon richten, da brauchen wir uns gar nicht aufzuregen. Und wenn nicht, wird sie verachtet, die böse Sprache, also nicht von uns, sondern von – ach nein, wer macht denn nun was? Verachtet sich die Sprache auch selbst? Derweil grübeln unsere

chinesischen Kollegen, was damit gemeint sein könnte, dass Sprache „sensorisch“ reagiere. Wäre demnach Chinesisch ganz besonders böse, weil es nicht mitmacht? Oder wäre am Ende gar der Mensch zuständig für Gut und Böse, auch für Gerechtigkeit? Auch wenn er die Klappe hält? (Oliver Baer)

Info-Brief vom 21.04.:

2. Gendersprache

Universität gendert weiter

Die Goethe-Universität Frankfurt hat den Mitarbeitern und Studenten in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass man weiterhin eine „geschlechterinklusive und diversitätssensible“ Ausdrucksweise empfehle, wider die Pläne der Landesregierung. Anders als in den Schulen, gebe es derzeit keine konkrete Regelung der Landesregierung, die den Sprachgebrauch an der Universität betrifft. Das Verbot von Gendersonderzeichen wie Doppelpunkt, Sternchen und Unterstrich gelte vorerst nur für die Abschlussprüfungen von Schülern. Der Universitätspräsident Enrico Schleiff beruft sich auf die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Verbote stünden diesem freien Denken entgegen.

Die Universität bezieht sich auf Wissenschaftsminister Timon Gremmels, der in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* betont hatte, die Richtlinie des Ministerpräsidenten beschränke sich auf die Verwaltungssprache. „Geschlechtergerechte Sprache“ sei ausdrücklich vorgesehen und die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit bleibe unberührt. Die Vizepräsidentin der Universität, Sabine Andresen, legte in einem Podcast nach, das Genderverbot sei ein Versuch, „eine komplexe, vielfältige Realität über ein Sprachverbot auszublenden.“

Das Gendern mit den Sonderzeichen ist in den Landesministerien seit März verboten. Zwar wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Verzicht auf das Gendern mit Sonderzeichen auch an staatlichen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten und dem Rundfunk festgeschrieben wird, jedoch war die Koalition nach heftiger Kritik zurückgerudert. ([hessenschau.de](https://www.hessenschau.de))

Erfolgsfaktor Gendern?

Frank Müller von der Frankfurter Textagentur Dive erklärt im Gespräch mit *Der Standard*, wie das Gendern die Außenwirkung von Unternehmen beeinflusst. Anders als in der Politik, polarisiere das Gendern seinen Angaben nach nicht innerhalb der Unternehmen, sondern es werde als wichtiger „Imagefaktor“ angesehen. Dementsprechend kommen Ereignisse, wie etwa das Genderverbot in Bayern, bei den Firmen nicht an. Das Thema Gendern werde laut Müller „sehr viel unaufgeregter und sachlicher“ angesehen. Ein Unternehmen, dessen Netzseite lediglich das generische Maskulinum verwendet, werde heutzutage unter den Verdacht gestellt „rückständig“ zu sein, erklärt der kreative Leiter der Kommunikationsagentur. Das Gendern bringe für Unternehmen den Vorteil einer fortschrittlichen und modernen Außenwirkung, diese müsse jedoch auch nicht nur in der Werbung, sondern auch innerhalb des Unternehmens wiederzufinden sein. Müller gibt hierbei zu, dass die Unternehmen einen gewissen Konformitätsdruck spüren. Es gibt laut Müller jedoch noch Weiteres zu beachten. Denn der Doppelpunkt als Gendersonderzeichen war zwar eine lange Zeit beliebt, heutzutage tendiere man jedoch eher zum Genderstern, da sich der Doppelpunkt im Schriftbild nicht gut genug abhebe und auch Menschen mit Sehbehinderung beeinträchtige. Der Genderstern habe zudem eine besondere Symbolkraft, da dieser aus der LGBT-Gemeinde stamme. Trotz der Bedenken aufgrund fehlender Barrierefreiheit sagt Frank Müller „es schadet nicht, mit Sprache zu spielen“. ([derstandard.de](https://www.derstandard.de))

Wie gendern Kommunen?

Die Hertener Allgemeine (HA) hat einen Blick auf verschiedene Kommunen geworfen und geprüft, ob und wenn ja wie diese gendern. Im Fokus lag dabei Dortmund, dort gibt es seit

2020 einen Genderleitfaden. In ihm ist „penibel“ geregelt, wie die Mitarbeiter zu gendern haben. Aus „Rednerpult“ sei im Stadtrat „Redepult“ geworden, wer irgendwo unterschreiben muss, findet an dieser Stelle „Unterschrift Antragsteller*in“ oder „Ihre Unterschrift“. Die Stadt Dortmund begründet den Genderleitfaden mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017, die eine dritte Geschlechtsoption neben „männlich“ und „weiblich“ vorsieht. Die Stadt habe darin den Handlungsauftrag erkannt, die geschlechtliche Vielfalt auch sprachlich zum Ausdruck zu bringen. „Hier handelt es sich allerdings nur um eine Position der Stadt. Rein rechtlich lässt sich aus diesem Urteil des Verfassungsgerichts keine Pflicht zum Gendern in der Verwaltung ableiten“ so Sophia Wibbeke in der HA. Laut Stadt werde der Leitfaden von den Mitarbeitern gut aufgenommen, Proteste seien nicht bekannt. „Dem entgegen stehen in Umfragen bis zu 80 Prozent in der Bevölkerung, die die Gendersprache ablehnen. Von den 80 Prozent scheinen sich aber keine Personen in der Dortmunder Stadtverwaltung zu befinden,“ schreibt Wibbeke.

40 Städte hatte die HA nach ihrem Vorgehen beim Gendern gefragt, 23 hätten reagiert. Die meisten schrieben, dass sie sich an das Landesgleichstellungsgesetz NRW halten, das laut Paragraph 4 vorschreibt: „In der internen wie externen dienstlichen Kommunikation ist die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu beachten.“ In Vordrucken seien geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen zu verwenden. Einige Städte und Gemeinden gaben an, gar nicht zu gendern, wie z. B. Iserlohn, Ascheberg, Olfen und Nordkirchen, ein Flickenteppich ziehe sich damit durch NRW. Die Gemeinde Ascheberg schrieb, man folge der Empfehlung des Rats für deutsche Rechtschreibung, der Sonderzeichen wie Sternchen oder Unterstriche zum Gendern ablehnt: „In behördlichen Schreiben halten wir somit weiter an der klassischen Nennung (z. B. ‚Bürgerinnen und Bürger‘ oder ‚Lehrerinnen und Lehrer‘) fest. Eine Änderung ist derzeit nicht vorgesehen.“ (hertener-allgemeine.de (Bezahlschranke))

Wir nicht

Beim Frühstück in der *Waltroper Zeitung* entdeckt: Da erläutert ihr Chefredakteur, zugleich Chef der *Ruhrnachrichten*, Jens Ostrowski: „Warum wir in unserer Zeitung nicht gendern“. Er verweist zur Begründung auf den Rat für Rechtschreibung, auf die Lesbarkeit und Verständlichkeit von Texten und auf die bekannte Zweidrittelmehrheit gegen das Gendern der Sprache. Daher die Entscheidung gegen das Gendern. „All jene, die dem nicht zustimmen, bitten wir um Verständnis, Akzeptanz und Toleranz für unser Vorgehen.“ (ezeitung.waltroper-zeitung.de (Aboschranke))

5. Berichte

Demonstranten bei Veranstaltung der Niedersachsen-Volksinitiative

Dass gelebte Demokratie nicht jedermanns Sache ist, mussten diese Woche die Initiatoren der Volksinitiative „Stoppt Gendern in Niedersachsen“ am eigenen Leib erleben. Gleich drei Restaurants ließen die Reservierungen für einen Versammlungsraum platzen, weil sie mutmaßlich von Gender-Befürwortern bedrängt worden waren. Beim dritten Restaurant hätten drei Frauen kurz vor Beginn der Veranstaltung auf den Besitzer eingeredet – so ein Sprecher der Initiative, der vor Ort war –, sodass dieser die Teilnehmer der Initiative bat, seine Räume zu verlassen. Die Teilnehmer konnten auf einen anderen, privaten Raum ausweichen, der sich kurzfristig ergeben hatte, die Demonstranten folgten ihnen jedoch auch dort hin und skandierten Parolen wie „Haut ab“ und „Wir gendern euch alle“. Schließlich musste die Polizei gerufen werden, damit die Veranstaltung überhaupt stattfinden und die Teilnehmer im Anschluss auch ohne Belästigung wegfahren konnten. (vds-ev.de, nldr.de)

Info-Brief vom 28.04.:

2. Gendersprache

Die Tischin und die Stühlin

Dass Gendern Blüten treibt, die lustig wirken, tatsächlich aber ein Problem verdeutlichen, zeigt ein Artikel in der *Recklinghäuser Zeitung*. Iris Lüken, die Leiterin einer Grundschule in Lünen, berichtet von einem Phänomen, das auftrat, als eine neue Referendarin an die Schule kam. Diese sprach mit dem Glottisschlag, machte also immer eine kurze Pause bei der Mehrzahl („Schüler_pause_innen“). Der Schulleiterin und vielen anderen im Kollegium kam es merkwürdig vor, sie erkannten aber, dass es der neuen Referendarin wichtig war.

„Anfangs hat uns das wahnsinnig genervt.“ Aber die Referendarin blieb am Ball. „Als wir erkannten, wie viel ihr es bedeutete, haben wir uns angepasst.“ Vor allem aus Toleranz und Höflichkeit. Und auch, weil nichts dagegensprach, aber vieles dafür“, so Lüken.

Problematisch wurde es, als Lüken mitbekam, dass einige ihrer Schüler von der „Tischin“ oder von „Stühlinnen“ sprachen. Sie ahmten ihre Lehrerin nach, reflektierten dabei nicht die Bedeutung von Artikeln und einer korrekten Mehrzahl. Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund erkannten nicht die Problematik bei diesen Wortbildungen.

Mittlerweile wüssten die Kinder, wie Wörter richtig lauten und wie eine Mehrzahl gebildet wird. Lüken selbst geht als Schulleiterin mit ihren Kollegen jetzt den Weg des Kompromisses: Sie setzt im Unterricht möglichst auf Doppelnennung. So wolle sie schon gleich zu Beginn der Schullaufbahn eines Kindes die Rollenbilder aufbrechen. (

recklinghaeuser-zeitung.de (Bezahlschranke))

7. Kommentar

Falsch verstandene Toleranz

Schleichend und gut gemeint – so bahnte sich das Gendern in einer Grundschule in Lünen den Weg ins Lehrerzimmer und die Klassenräume. Eine junge Referendarin sprach mit einer Genderpause. Soweit, so privat. Zumindest, wenn sie es unter ihresgleichen tut, also erwachsenen Menschen wie ihren Kollegen, die die Sprachbildung längst abgeschlossen haben und mit den Gesetzmäßigkeiten von Sprache vertraut sind. Doch dabei blieb es nicht. Sie, die von den Kindern als Vorbild erkannt wird, brachte ihre Ideologie ins Klassenzimmer und ruinierte fast die Bildungsbiografie der ganz Kleinen, die auf eine gute Lehre gehofft hatten. Viele Kinder verstanden nicht, dass ein „-in“ nicht bei jedem Wort angehängt werden kann. Was auf den ersten Blick lustig klingt, zeigt jedoch den unterschwelligen Machtmissbrauch an, der an Schulen vorkommt. Es muss noch nicht mal ein ganzes Kollegium geschlossen vom Gendern überzeugt sein, es reicht eine Person, um die Sprachentwicklung zurückzuwerfen. Umso unverständlicher ist deswegen, dass man der jungen Referendarin diesen Spielraum nicht nur gegeben, sondern ausgeweitet hat. Die Schulleiterin spricht von Toleranz, mit der man ihr begegnen wollte, vom Verständnis für ihren Wunsch nach Verbesserung der gesellschaftlichen Probleme, die es zugegebenermaßen immer noch gibt. Statt Toleranz vorzuschieben hätte es dem Kollegium gut gestanden, den gesunden Menschenverstand einzuschalten und der neuen Referendarin aufzuzeigen, dass das Zurschaustellen einer persönlichen Befindlichkeit hinter ihrem Bildungsauftrag zu stehen hat. (Doro Wilke)

Info-Brief vom 06.05.:

Endlich Klarheit

In Baden-Württemberg hat sich die Landesregierung, insbesondere auch infolge des von Klaus Hekking initiierten Volksbegehrens, zur amtlichen Rechtschreibung bekannt. Ämter und Schulen hätten sich künftig wieder daran zu halten. Dass klare Regelungen wirken, zeigt ein Bericht aus dem *Badischen Tagblatt*. Zu Wort kommt Angela Keppel-Allgeier, die Rektorin der Hans-Küng-Gemeinschaftsschule in Tübingen, die berichtet, dass an der Schule die Verwendung des Gendersternchens vorherrschte, bis sich kürzlich ein Vater beschwerte. Die Rektorin finde die nun üblichen Doppelformen zwar „lästig“, an der Schule befolge man aber die Weisung des Innenministeriums. Kurzum: In Baden-Württemberg ist Gendern nicht verboten, solange sich niemand beschwert. (tagblatt.de)

Rostocker Genderleitfaden

Die Hansestadt Rostock hat für ihre Verwaltung einen Genderleitfaden eingeführt. Dabei habe man sich an dem Leitfaden aus Lübeck orientiert, heißt es von der Pressestelle. 93 Begriffe sollen aus dem Vokabular der Verwaltungsmitarbeiter getilgt werden, außerdem wird das Gendersternchen als Alternative eingeführt. Aus dem „Amtsleiter“ wird der „Amtsleitende“, aus dem „Lotsen“ wird eine „lotsende Person“ (für weitere Wörter siehe Link unter „Soziale Medien“). Vorgelegt wurde der Leitfaden von der Gleichstellungsbeauftragten Cathleen Mendle-Annuschkewitz, im Vorwort schreibt sie: „In Rostock wollen wir alle Menschen mit unserer Ansprache erreichen. Frauen, Männer und jene, die sich nicht als solche beschreiben. Damit bringen wir allen Menschen unserer vielfältigen Stadtgesellschaft Respekt entgegen.“ Mit dem Leitfaden setze sich Rostock über die Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung hinweg, der Sonderzeichen wie das von der Stadt favorisierte Gendersternchen ablehnt, schreibt Andreas Meyer in der *Ostsee-Zeitung*. Der Genderleitfaden sei eine Empfehlung, so Stadtsprecher Ulrich Kunze, keine Verpflichtung. Niemand müsse Konsequenzen fürchten, wenn er sich nicht an die Regelungen halte. CDU-Landeschef Daniel Peters kritisiert den Leitfaden: „Das Gendern – also das absichtliche Falschschreiben – ist in erster Linie ein politisches Statement. Wer das machen möchte, hat dazu privat reichlich Gelegenheit. Ich erwarte aber, dass in staatlichen Einrichtungen nach den Regeln der deutschen Rechtschreibung kommuniziert wird.“ In einer Umfrage der *Ostsee-Zeitung* sprechen sich über 80 % der Teilnehmer gegen das Gendern aus. (ostsee-zeitung.de (Bezahlschranke), ostsee-zeitung.de)

6. Soziale Medien

Sprachverwirrung in Rostock

Der neue Genderleitfaden in Rostock sorgt für Belustigung im Netz. Bei X (ehemals Twitter) hat der VDS Ausschnitte daraus hochgeladen. Sie zeigen Begriffe auf, die umbenannt werden sollen. Dabei wirken die meisten, vermeintlich geschlechtergerechten, Alternativen gewollt und gequält: *fachkundig* statt *fachmännisch*, *Fahrende* statt *Fahrer*, *Maskenbildende Person* statt *Maskenbildner*. Mehrere Begriffe stellen sich jedoch auch problematisch dar. So ist das *Mitarbeitergespräch* jetzt ein *Beurteilungsgespräch*. Das impliziert, dass jedes Gespräch mit einem Mitarbeiter automatisch eine Beurteilung beinhalten müsse, was aber vermutlich angesichts von Konferenzen, die ebenfalls Mitarbeitergespräche sind, inhaltlich nicht haltbar ist. Ebenso kritisch müssen Begriffe wie *Schiffsführende* (statt *Kapitän*) und *Person mit juristischer Ausbildung* (statt *Jurist*) gesehen werden. Im ersten Fall hat nicht jeder, der ein Schiff führen kann, ein Kapitänspatent; im zweiten Fall stellt sich die Frage, ob Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte sich wegen ihrer juristischen Ausbildung in Rostock jetzt ebenfalls Juristen nennen dürfen. (twitter.com/vds)

Doppelmoral bei *hart aber fair*

Im Politik-Magazin *hart aber fair* (ARD) ging es diese Woche um das Thema „Rechtsruck oder Kurs der Mitte: Soll Deutschland konservativer werden?“ Der stellvertretende Chefredakteur der *Welt*, Robin Alexander, stellte dort fest: „Die Leute hassen Gendern.“ Sprache sei etwas Latentes, man benutze sie, ohne über sie nachzudenken und sie sich bewusst zu machen. Wenn dieses Latente gestört wird, fänden die Leute das schrecklich, so Alexander. Philipp Türmer, Vorsitzender der Jusos, konterte: „Ich gendere, weil ich es richtig finde, und weil ich finde, dass alle Geschlechter in der Sprache vorkommen sollen.“ Interessant dabei ist allerdings, dass Türmer die von Alexander angesprochene Latenz selbst verinnerlicht hat, denn ein Zusammenschnitt, den der VDS erstellt und bei X und Facebook hochgeladen hat, zeigt: Türmer gendert gerade nicht. Vielmehr spricht er natürlich und ungezwungen von *Bürgergeldempfängern*, *Muslimen* und *Menschenfängern*. Doppelnennung oder Glottisschlag? Fehlanzeige. (facebook.com/vds)

Info-Brief vom 20.05.:

2. Gendersprache

Antidiskriminierungsstelle ist gegen Gender-Verbot

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) warnt vor einem staatlichen Verbot von vermeintlich geschlechtergerechter Sprache. „Menschen zu verbieten, inklusive Sprache zu verwenden, ist ein Rückschritt ins letzte Jahrhundert. Der Staat sollte Respekt und Toleranz fördern, nicht verbieten“, gab Ferda Ataman, Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung in einer Mitteilung bekannt. Einen Genderzwang, wie ihn Gegner des Genderns ins Feld führen, gebe es nicht, das sei eine Scheindebatte, wird sie in der *Welt* zitiert. Ein Kurzgutachten der Juristen der ADS habe ergeben, dass Genderverbote, wie es sie in einigen Bundesländern gebe, verfassungsrechtlich problematisch seien, da sie einen Kulturkampf auf dem Rücken von Minderheiten austrügen.

Ingo Wey widerspricht im *Cicero* dieser Argumentation. Die Rechtschreibregeln zu beachten sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Einschätzung der ADS-Juristen sei ein Gefälligkeitsgutachten, die Hausjuristen selbst blieben anonym. Gendern sei ein Kulturkampf „gegen jede Sprachlogik und -ökonomie und gegen den Wunsch der überwiegenden Mehrheit aller Sprecher: Niemand, der noch alle Tassen im Schrank hat, gendert im privaten Gespräch.“ Eine woke und aktivistische Minderheit wolle der Mehrheit einen veränderten Sprachgebrauch aufzwingen. Genderverbote seien deshalb wichtig, um die Mehrheit vor so einem Zwang zu schützen. (cicero.de (Bezahlschranke), welt.de)

Offener Brief an den Hessischen Rundfunk

Das Netzwerk Sprachkritik hat einen Offenen Brief an den Intendanten des *Hessischen Rundfunks* geschrieben und damit auf eine Mitteilung der Sendung „Hessenschau“ reagiert, worin das Team der Sendung darauf pochte, das generische Maskulinum gehöre der Vergangenheit an, weil es „nicht mehr als selbstverständliche Bezeichnung für alle Menschen wahrgenommen“ werde. Für das Netzwerk Sprachkritik ist unklar, wie die Verantwortlichen der „Hessenschau“ zu dieser Einschätzung gelangen, denn sämtliche Umfragen zur Akzeptanz der Gendersprache widersprüchen dem Hessenschau-Team. „Eine große Mehrheit in unserer Sprachgemeinschaft versteht und schätzt das generische Maskulinum als genderneutrale Sprachform.“ (linguistik-vs-gendern.de)

Kippt der Rechtschreibrat?

Ronen Steinke befürchtet in der *Süddeutschen Zeitung*, dass der Rat für deutsche Rechtschreibung in mehr oder minder naher Zukunft zu kippen droht, was das Gendern betrifft.

Aktuell seien viele der Mitglieder älter und konservativ, doch mit den neuen Berufungen in den Rat kämen jüngere Stimmen, die dem Gendern gegenüber positiv gewogen seien. Monika Dannerer, Sprachwissenschaftlerin von der Universität Innsbruck, sei im Gegensatz zu vielen anderen Mitgliedern noch lange nicht emeritiert. Ihr jüngster Aufsatz trage den Titel: „Die Professionalisierung von Lehrer*innen der Primar- und Sekundarstufe im Umgang mit sprachlicher Diversität in Österreich.“

Für den Deutschen Journalistenverband (DJV) wurde Jonathan Janoschka neu in den Rechtsschreiberrat berufen. Der DJV hat sich in Hessen gegen das geplante Gender-Verbot im ÖRR ausgesprochen, Janoschka selbst sitzt nicht nur im DJV-Vorstand, sondern auch im "Fachausschuss Chancengleichheit und Diversity". Für die Nachrichtenagenturen hat Froben Homburger (*dpa*) den Platz übernommen, den zuvor die Katholische Nachrichtenagentur innehielt. Die *dpa* hatte erst kürzlich eine Umfrage unter ihren Kunden gestartet: „Wie möchtet ihr's gern haben? Sollen wir gendern, sollen wir lieber nicht?“

Steinke spekuliert, was das für die Haltung des Rats bedeute. Einiges spreche dafür, dass die Front der Ablehnung gegen die Sternchen und anderen Sonderzeichen zumindest ihre Dominanz etwas einbüßen werde. Das bedeute auch, dass die Bundesländer, die ihre Ablehnung der Gendersprache auf den Rechtsschreiberrat stützen, in Erklärungsnot gelangen könnten.

([sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de))

Volksinitiative gegen Gendern in Niedersachsen

Die Volksinitiative „Stoppt Gendern in Niedersachsen“ hatte diese Woche zu einer Infoveranstaltung nach Oldenburg geladen. Im *NDR* sagte Mit-Organisator Dr. Achim Sohns, Gendern sei eine „artifizielle, moralisch übersteigerte Kunstsprache“. Es sei geboten, dass die Landesregierung und die Schulen sich von ihr trennten. Bis Anfang März 2025 werden 70.000 Unterschriften benötigt, damit sich der Landtag mit der Volksinitiative befassen muss. Vor dem Versammlungsort kam es zu einer kleinen Demonstration. Teilnehmer argumentierten, dass Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen, ein Recht auf sprachliche Sichtbarmachung hätten. ([ndr.de](https://www.ndr.de), [ndr.de](https://www.ndr.de), [stoppt-gendern-in-niedersachsen.de](https://www.stoppt-gendern-in-niedersachsen.de))

FDP Emden will Gendern abschaffen

Die FDP Emden will den Gebrauch der Gender-Sonderzeichen in der Verwaltung abschaffen. Sie hat einen entsprechenden Antrag an den Stadtrat gestellt, der zum nächsten Mal Mitte Juni zusammenkommt. Auch beim Sprechen soll Gendern nicht mehr zwingend erforderlich sein. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehne es ab, heißt es in dem Antrag. Gegen den Bürgerwillen trotzdem zu gendern, würde nicht zu mehr Gender-Akzeptanz führen: „Im Gegenteil, die Ablehnung ist im Vergleich zu früheren Umfragen gestiegen“, so FDP-Fraktionschef Erich Bolinius in seiner Antragsbegründung. Gegendert wird im Emdener Rathaus seit dem Einzug von Tim Kruithoff (parteilos) als Oberbürgermeister der Stadt. Dieser habe seine Mitarbeiter angewiesen, Gendersprache zu benutzen, und er achte selbst penibel in seinen Reden auf vermeintlich geschlechtergerechte Sprache, so die *NWZ*.

([nwzonline.de](https://www.nwzonline.de))

Sternchen im Senckenberg-Museum

Das Senckenberg-Museum in Frankfurt am Main sticht durch falsche Rechtschreibung hervor. An mehreren Bebilderungstafeln wird mit Gendersternchen gearbeitet, womit vor allem Kinder, die Schriftsprache gerade erst lernen und hier etwas über Natur und Dinosaurier lernen möchten, in die Irre geführt werden. Da die Tafeln gleichzeitig auf Deutsch und Englisch beschriftet sind, wird der Unsinn der Gendersprache erst recht sichtbar. Denn wo im Deutschen von „Tiefseeforscher*innen“ die Rede ist, steht auf Englisch „Deep sea researchers“. Da wird unmissverständlich, wie unerheblich das Geschlecht derer ist, die die Meere erkunden.

Das Senckenberg-Museum antwortet auf den Facebook-Beitrag: „Die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache ist wichtig, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Schließlich drückt Sprache immer auch Norm- und Wertvorstellungen aus, prägt unsere Wahrnehmung und schafft – in letzter Konsequenz – Realitäten. Ein sensibler und bewusster Sprachgebrauch kann demnach auch zur Verbesserung der Chancengleichheit beitragen. Vor diesem Hintergrund hat unser Direktorium Anfang 2020 die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache für unsere interne und externe Kommunikation beschlossen.“ Offenbar legt das Direktorium wenig Wert auf Chancengleichheit für die rund vier Millionen Legastheniker, sowie viele Autisten und nahezu alle Migranten im Lande. (facebook.com/vds)

Gendern an der Uni

Bei X (ehemals Twitter) berichtet @maxi_305 von einem Erlebnis an der Uni: „Eine Freundin von mir ist fassungslos über die Bewertung ihrer ersten Hausarbeit. Trotz Bemühens die Hausarbeit möglichst gendersensibel zu schreiben, war es für die Professorin scheinbar nicht ausreichend.“ Dazu postet er einen Ausschnitt der Benotung. In einem Tweet, der nötig war, weil andere Nutzer den Wahrheitsgehalt angezweifelt hatten, konkretisiert er die Vorwürfe und stellt klar: Gendern würde von den Professoren verlangt. Wer sich weigert, muss mit Punktabzug rechnen. (x.com/vds, x.com/maxi_305)

7. Kommentar

Zu weiß, zu männlich, zu irgendwas

Es ist nur noch peinlich. Da beschreiben zwei Autorinnen in der *Zeit*, wie mühsam es war, einen Gewinner bei einem Literaturpreis zu küren. Und das nicht etwa, weil die eingereichten Bücher so schlecht oder gut waren, dass man sich nicht entscheiden konnte. Nein, die Entscheidung wurde diskutiert, weil der Hintergrund der Autoren zum vermeintlichen Stimmungsbild der Gesellschaft passen musste. Zu viele Weiße? Geht nicht, was ist mit den schwarzen Autoren oder jenen, die aus anderen farblich abgesetzten Teilen der Welt kommen? Zu viele Männer? Geht auch nicht, denn auch Frauen sind ja schließlich in der Lage, (Bücher) zu schreiben. Zu Französisch oder Spanisch? Fast; ist ja immerhin fremdländisch, aber nicht exotisch genug. Das Werk selbst wird in den Hintergrund gerückt, weil es wichtiger ist, sich politisch korrekt zu positionieren.

Mit dem schließlich ernannten Sieger war man insgesamt zufrieden, ist das Werk doch wirklich authentisch und würdig, da es ein Leben repräsentiert, das bisher noch nicht gehört wurde. Doch der Weg dahin ist einer Jury unwürdig. Wenn ein Preis schon bestimmte Kriterien voraussetzt, dann ist es Aufgabe der Juroren, die eingereichten Werke anhand genau dieser Kriterien zu begutachten und durchaus darüber zu streiten. Die Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexuelle Orientierung dürfen durchaus im Werk wichtig sein, sie sollten aber nicht Grund für oder gegen eine Preisverleihung sein. Kunst ist Gefühl, sie ist Ausdruckstärke, Eindringlichkeit. Wenn ein Autor es schafft, einen Leser in seinem Innersten zu berühren, ist das das Einzige, das zählen sollte. Politik hat bei der Entscheidungsfindung vor der Tür zu bleiben. Wer Werke aufgrund einer political correctness auszeichnet, nimmt ihnen die Würde, denn er reduziert sie auf eine politische Ebene, die nicht immer Bestandteil der Werke sein muss.

Juroren haben blind zu sein für persönliche moralische Einstellungen, allein dem Buch muss die Aufmerksamkeit dienen. Und wenn in einem Jahr nun mal keine Non-Binären mit Migrationshintergrund, dafür mit Rollstuhl, in die engere Auswahl gekommen sind, sondern ausschließlich Männer in einer Vorauswahl die meisten Punkte einfahren konnten, dann hat auch diese Liste ihre Berechtigung. Wer Menschen und ihre Werke auf das Geschlecht oder die Hautfarbe des Autors reduziert, hat Literatur nicht verstanden. (Doro Wilke)

Info-Brief vom 09.06.:

2. Gendersprache

Gendersprache und das Patriarchat

In einer vierteiligen Podcast-Reihe meldet sich der Sprachwissenschaftler und Schriftsteller Daniel Scholten wieder zu Wort. Man möchte fast sagen: „Endlich wieder!“, denn noch immer ist sein Tutorial „Das Genus ist dem Sexus sein Nexus“ aus dem Jahr 2018 ein scharfes Schwert gegen den Versuch, die Gendersprache sprachwissenschaftlich zu rechtfertigen. Für die neue Reihe muss man etwas Zeit mitbringen, sie dauert insgesamt knapp fünf Stunden. Es geht unter anderem darum, welche Erfolge die Befürworter einer „gendersensiblen Sprache“ bislang vorweisen können und welche Strategie sie verfolgen. Wie lauten die Argumente ihrer Gegner? Daniel Scholten legt wieder ganz neue Argumente vor und wendet unerwartete Methoden an: So konfrontiert er Leute, die heute von Genderregeln überzeugt sind, mit ihren selbst verfassten Texten von vor 20 oder 30 Jahren, in denen (natürlich) geschlechtsübergreifende Standardformen verwendet werden. Scholten behauptet: Alle, die heute gendern, hätten von der sprachlichen Notwendigkeit dazu erst aus der Diskussion über irgendwelche Genderformen erfahren. Von selbst wären die Sprachnutzer darauf nie gekommen.

(belleslettres.eu)

Demokratiemeile Lüneburg: Forderung nach Erklärung

Bei der Demokratiemeile in Lüneburg am 23.05.24 war die Volksinitiative „Stoppt Gendern in Niedersachsen“ nicht zugelassen worden, das Organisations-Team hatte sich gegen die Teilnahme ausgesprochen. Bemerkenswert ist dieser Vorgang, weil seine Internetseite *luenebunt.de* explizit sagt, dass Projekte gefördert werden, die „die Demokratie positiv erlebbar machen und demokratisches Handeln fördern“ sowie „die gesellschaftliche und politische Teilhabe, Beteiligung und Mitsprache fördern“. Die Volksinitiative ist von der Landeswahlleitung ordnungsgemäß zugelassen, steht also auf rechtlich sicheren Füßen, dazu ist die Mitbestimmung der Bürger in Artikel 20 Grundgesetz sowie den Artikeln 47-49 der Niedersächsischen Verfassung garantiert.

Der VDS, der die Volksinitiative unterstützt, hat daher die betreffenden Gruppen, welche die Demokratiemeile fördern – den DGB, die Stadt Lüneburg, die Lawaetz-Stiftung sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Die Beteiligten mögen erklären, warum eine rechtlich korrekte Initiative nicht zugelassen wurde und mit wieviel Geld sie die Demokratiemeile unterstützt haben. (x.com/vds)

Info-Brief vom 16.06.:

1. Presseschau

Rudelglotzen oder Guckparty

Zum Auftakt der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland wundert sich der Sprachwissenschaftler Roland Kaehlbrandt in der *Süddeutschen Zeitung* darüber, wie es der englische Begriff *public viewing* in den deutschen Wortschatz schaffen konnte. Er sei eines der englischen Fremdwörter, die es „wegen ihres im Deutschen ungewöhnlichen Klangs und noch dazu wegen ihrer unklaren Bedeutung eine wörtliche Übernahme durchaus nicht verdient haben.“ Es sprächen gleich mehrere Gründe gegen dieses Wort: Im Englischen bedeutet es die „öffentliche Vorstellung einer Sache“ oder spezieller: „öffentliche Leichenschau“. Der aus zwei Teilen bestehende Ausdruck passe nicht zur deutschen Wortbildung, und die Aussprache sei im Deutschen höchst ungewöhnlich. Kurzerhand hat Kaehlbrandt Schüler gefragt, ob ihnen eine bessere deutsche Entsprechung einfinde. „Der Selbstversuch gelang den Schülern im Handumdrehen“, berichtet Kaehlbrandt. Die besten Wortschöpfungen, die die Schüler zum Teil „innerhalb weniger Sekunden“ fanden, waren *Rudelglotzen*, *Gruppengaffen*, *Freischau* und *Guckparty*. Die kleine Übung zeige, so Kaehlbrandt, dass die Suche nach eingängigen Wortschöpfungen für neue Sachverhalte anstelle von englischen Wörtern kinderleicht sei – oder, um noch ein neues Wort zu verwenden, *seniorenleicht*. (sueddeutsche.de)

2. Gendersprache

Gendern als Kulturkampf

Bernd Fischer, VDS-Mitglied und einer der Initiatoren der Volksinitiative gegen Gendern in Hessen, beschreibt in einem Gastbeitrag in der *Welt* die Hintergründe, welche die Initiative weiterhin begleiten, obwohl sich die Gender-Situation in Hessen entspannt hat. Eine Hürde seien die formalen Anforderungen an ein solches Begehren, dazu käme die Bewältigung mehrerer Stufen, die per Gesetz vorgeschrieben sind. Es sei deutlich geworden, dass nur wenige sich offen zur Initiative bekennen, „zu groß ist wohl die moralische Dominanz der Befürworter des Genderns, obwohl sie eindeutig eine Minderheit bilden“, so Fischer. Das habe sich auch in der Rolle des Hessischen Rundfunks gezeigt. Dieser habe es nicht für erforderlich gehalten, seine Gebührenzahler über das Volksbegehren zu informieren, kritisiert Fischer. Auch viele Zeitungen und Zeitschriften ignorierten die Initiative, zum Beispiel die Seniorenzeitung der Stadt Frankfurt, die ihre Leser nicht über das Volksbegehren informierte – wenig verwunderlich, gendere sie doch selbst.

Zwar habe in Hessen die Abkehr vom Gendern begonnen, aber einige Institutionen zeigten, dass sie an korrekter Rechtschreibung kein Interesse haben. Der Hessische Rundfunk und der Deutsche Journalistenverband (DJV) berufen sich auf die grundgesetzlich verankerte Pressefreiheit, „was als eine weit hergeholte Argumentation erscheint“, meint Fischer. Auch einige Schulen wollten sich damit nicht arrangieren: „Sie sind so von ihrer Gender- und Wokeness-Liturgie durchdrungen, dass ihnen gar nicht in den Sinn kommt, an ihrer Mission zu zweifeln.“ Besonders hartnäckig in ihrer Pro-Gendern-Haltung seien jedoch die Universitäten. Sie witterten einen „Kulturkampf“, merkten aber gar nicht, dass sie diesen selbst heraufbeschworen haben: „Sie ersetzen Wissenschaft durch eine Glaubenslehre, die auf der nicht tilgbaren Schuld der westlichen Gesellschaft basiert. Bereits der Zweifel an den absurden Dogmen gilt als verächtlich.“ (welt.de (Bezahlschranke), amtssprache-in-hessen.de)

Verbots-Spirale

Ist ein „Gender-Verbot“ eine legitime und nachvollziehbare Reaktion auf einen Missstand? Oder ist es der Beginn einer Verbots-Spirale, die sich unkontrolliert auszudehnen droht? Das fragt die Kolumnistin Mandy Tröger in der *Berliner Zeitung*. Nach dem Gender-Aus in Bayern wirft Tröger die Frage auf, ob Gendern mit dem Beamten-Deutsch vergleichbar sei,

das ebenfalls für viele Menschen unverständlich sei („raumübergreifendes Großgrün“ für Baum). Dass Sprache verständlich bleiben müsse, wie es die bayerische CSU fordert, unterschläge, dass Sprache auch immer ideologisch behaftet sei. Redaktionen würden abwägen, ob sie „Flüchtling“ oder „Migrant“ oder auch „Schutzwall“ oder „Grenzzaun“ schrieben. Dazu kämen euphemistische Ausdrücke wie „Personenschaden“, den die Bahn für (oft durch Selbstmord) verstorbene Menschen auf Schienen nutzt: „Hier verschleiert ein Begriff also Blut, Schock und Trauma und lässt die Person hinter dem Schaden verschwinden.“ In den USA würden Begriffe teilweise gestrichen, auch Bücher werden aus Bibliotheken oder der Schullektüre entfernt – das alles zwar im Namen der Vorsicht und vermeintlichen Achtung anderer Geisteshaltungen, dennoch handele es sich am Ende um Verbote.

Die CSU betone, Bayern sei „ein Freistaat und kein Verbotsstaat“. Applaudiert werde von der bayerischen AfD, die weiter gehen möchte. Nicht nur Gendersprache gehöre abgeschafft, sondern jede Forschung dazu; Frauenstudien seien unnötig, schließlich sei das traditionelle System „die Frau gehört ins Haus und zur Familie“ das einzig Richtige. Hier sieht Tröger eine Gefahr, die ein Gender-Aus mit sich bringe: „Und da ist sie, die potenzielle Verbotsspirale: Erst kommt die Sprache, dann bestimmte Studiengänge und Bücher, dann Abtreibung und Frauenrechte. Klingt übertrieben? In den USA ist das längst Realität.“ (berliner-zeitung.de 2. Gendersprache

Gendern als Kulturkampf

Bernd Fischer, VDS-Mitglied und einer der Initiatoren der Volksinitiative gegen Gendern in Hessen, beschreibt in einem Gastbeitrag in der *Welt* die Hintergründe, welche die Initiative weiterhin begleiten, obwohl sich die Gender-Situation in Hessen entspannt hat. Eine Hürde seien die formalen Anforderungen an ein solches Begehren, dazu käme die Bewältigung mehrerer Stufen, die per Gesetz vorgeschrieben sind. Es sei deutlich geworden, dass nur wenige sich offen zur Initiative bekennen, „zu groß ist wohl die moralische Dominanz der Befürworter des Genderns, obwohl sie eindeutig eine Minderheit bilden“, so Fischer. Das habe sich auch in der Rolle des Hessischen Rundfunks gezeigt. Dieser habe es nicht für erforderlich gehalten, seine Gebührenzahler über das Volksbegehren zu informieren, kritisiert Fischer. Auch viele Zeitungen und Zeitschriften ignorierten die Initiative, zum Beispiel die Seniorenzeitung der Stadt Frankfurt, die ihre Leser nicht über das Volksbegehren informierte – wenig verwunderlich, gendere sie doch selbst.

Zwar habe in Hessen die Abkehr vom Gendern begonnen, aber einige Institutionen zeigten, dass sie an korrekter Rechtschreibung kein Interesse haben. Der Hessische Rundfunk und der Deutsche Journalistenverband (DJV) berufen sich auf die grundgesetzlich verankerte Pressefreiheit, „was als eine weit hergeholte Argumentation erscheint“, meint Fischer. Auch einige Schulen wollten sich damit nicht arrangieren: „Sie sind so von ihrer Gender- und Wokeness-Liturgie durchdrungen, dass ihnen gar nicht in den Sinn kommt, an ihrer Mission zu zweifeln.“ Besonders hartnäckig in ihrer Pro-Gendern-Haltung seien jedoch die Universitäten. Sie witterten einen „Kulturkampf“, merkten aber gar nicht, dass sie diesen selbst heraufbeschworen haben: „Sie ersetzen Wissenschaft durch eine Glaubenslehre, die auf der nicht tilgbaren Schuld der westlichen Gesellschaft basiert. Bereits der Zweifel an den absurden Dogmen gilt als verächtlich.“ (welt.de (Bezahlschranke), amtssprache-in-hessen.de)

Verbots-Spirale

Ist ein „Gender-Verbot“ eine legitime und nachvollziehbare Reaktion auf einen Missstand? Oder ist es der Beginn einer Verbots-Spirale, die sich unkontrolliert auszudehnen droht? Das fragt die Kolumnistin Mandy Tröger in der *Berliner Zeitung*. Nach dem Gender-Aus in Bayern wirft Tröger die Frage auf, ob Gendern mit dem Beamten-Deutsch vergleichbar sei, das ebenfalls für viele Menschen unverständlich sei („raumübergreifendes Großgrün“ für Baum). Dass Sprache verständlich bleiben müsse, wie es die bayerische CSU fordert,

unterschlage, dass Sprache auch immer ideologisch behaftet sei. Redaktionen würden abwägen, ob sie „Flüchtling“ oder „Migrant“ oder auch „Schutzwall“ oder „Grenzzaun“ schrieben. Dazu kämen euphemistische Ausdrücke wie „Personenschaden“, den die Bahn für (oft durch Selbstmord) verstorbene Menschen auf Schienen nutzt: „Hier verschleiert ein Begriff also Blut, Schock und Trauma und lässt die Person hinter dem Schaden verschwinden.“ In den USA würden Begriffe teilweise gestrichen, auch Bücher werden aus Bibliotheken oder der Schullektüre entfernt – das alles zwar im Namen der Vorsicht und vermeintlichen Achtung anderer Geisteshaltungen, dennoch handele es sich am Ende um Verbote.

Die CSU betone, Bayern sei „ein Freistaat und kein Verbotsstaat“. Applaudiert werde von der bayerischen AfD, die weiter gehen möchte. Nicht nur Gendersprache gehöre abgeschafft, sondern jede Forschung dazu; Frauenstudien seien unnötig, schließlich sei das traditionelle System „die Frau gehört ins Haus und zur Familie“ das einzig Richtige. Hier sieht Träger eine Gefahr, die ein Gender-Aus mit sich bringe: „Und da ist sie, die potenzielle Verbotsspirale: Erst kommt die Sprache, dann bestimmte Studiengänge und Bücher, dann Abtreibung und Frauenrechte. Klingt übertrieben? In den USA ist das längst Realität.“ (berliner-zeitung.de)

Info-Brief vom 07.07 .

Presseschau

Englisch bei Gericht

„Die Gerichtssprache ist Deutsch“ – §184 des Gerichtsverfassungsgesetzes gilt nicht mehr in dieser Form. Denn der Bundestag hat mit den Stimmen der Regierungskoalition und der Unionsfraktion einem Gesetzentwurf zugestimmt, der den Ländern die Einrichtung sogenannter *Commercial Courts* ermöglicht. Solche Spruchkammern für zivilrechtliche Wirtschaftsstreitigkeiten gibt es zwar bereits, u. a. in Baden-Württemberg und Hamburg, aber die mehr als zehn Jahre lang vorbereitete bundesgesetzliche Regelung dazu fehlte. Wie es der Name sagt - „Gesetz zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit“ -, bekommt die englische Sprache bei Gericht eine stärkere Stellung. Als Verfahrenssprache sollen die Parteien zwischen Deutsch und Englisch wählen können.

Das heißt auch, dass der gesamte gerichtliche Vorgang von der Ladung über die Verhandlung bis zum Protokoll in englischer Sprache abgewickelt werden kann. Diese Regelung betrifft gerichtliche Entscheidungen in erster Instanz, aber auch eine Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) soll möglich sein und auch dort wäre, wenn der zuständige Senat beim BGH nicht widerspricht, Englisch die Verfahrenssprache. Wirtschaftsminister Marco Buschmann erklärte, dass mit diesen speziellen Kammern vermehrt Wirtschaftsstreitigkeiten an deutschen Gerichten ausgetragen werden können.

Bedenken gegen Englisch vor Gericht hat der VDS schon in den neunziger Jahren vorgebracht (lange bevor die AfD dazu eine Meinung hatte). Vorstandsmitglied Oliver Baer zitiert die falschen Töne: Offenbar gehe es um Stärkung des Justizstandortes - auf Kosten der Bürger. Die Rechtsanwälte würden daran gut verdienen, die Bürger jedoch noch weniger als im Deutschen verstehen, worum es geht. Wer es nicht glaubt, solle einmal versuchen, englische Juristentexte zu verstehen, meint Baer. (faz.net)

Info-Brief vom 01.09.:

1. Presseschau

- Deutsch nur noch in Arbeitsverträgen
- Deutsch als Zweitsprache
- Ministerpräsident lässt KI für sich sprechen
- Respektvolle Sprache

2. Gendersprache

- Fast geschafft
- Sieht unmöglich aus

3. Sprachspiele: Unser Deutsch

- Deutschland

4. Kultur

- Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung wird 75
- Sommerferienangebot in Stutensee
- Neues Füllwort?

5. Berichte

- Junger VDS erkundet Kassel

6. Denglisch

- Tut weh

7. Soziale Medien

- Immer diese vielen Wörter!
- Hinter den Kulissen des VDS

8. Kommentar

1. Presseschau

Deutsch nur noch in Arbeitsverträgen

Das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig sei sehr international ausgerichtet, versichert der dort beschäftigte Linguist Martin Haspelmath in einem Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: „Sobald wir Besprechungen halten, schalten wir auf Englisch um. Das läuft völlig automatisiert, auch außerhalb des Arbeitsalltags.“ Man kann in diesem renommierten Institut also arbeiten, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen. Lediglich für „bestimmte Formulierungen in den Arbeitsverträgen“ sei Deutsch noch relevant, so Haspelmath. Das sei nicht nur in Leipzig so, sondern auch an anderen Forschungsinstituten im Ausland. Wann das Deutsche aussterben werde, fragt der FAS-Journalist. Haspelmath ist da durchaus optimistisch: Das Prestige des Deutschen sei „immer noch sehr, sehr hoch, auch wenn es für die Wirtschafts- und Wissenschaftselite abnimmt.“ Er sei sicher, dass die deutsche Sprache noch viel mehr englische Begriffe aufnehmen könne – und trotzdem eine eigenständige Sprache bleibe.

Das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie betreibt Grundlagenforschung zur Evolutionsgeschichte der Menschheit. Die Abteilung für Sprach- und Kulturevolution leitet der neuseeländische Evolutionsbiologe Russel Gray. Er und seine Kollegen erforschen die sprachliche Diversifizierung der Menschheit in den letzten 10.000 Jahren, vorwiegend mit quantitativen Methoden. (zeitung.faz.net)

2. Gendersprache

Fast geschafft

Rund 54.000 Unterschriften sind zusammengekommen, aber gut 66.000 (fünf Prozent der Wahlberechtigten in Hamburg) wären erforderlich gewesen, um das Volksbegehren „Schluss mit der Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ in Hamburg zum Erfolg zu bringen. „Die Ferien haben uns gekillt“, ist sich Jens Jeep, Vertrauensperson für das Volksbegehren, sicher. Wenige Dutzend Unterstützer, darunter auch viele VDS-Mitglieder, haben in den vergangenen drei Wochen unermüdlich Unterschriften gesammelt.

Die Hamburger Bürgerschaft hatte im Vorfeld verhindert, dass die Unterschriftensammlung erst nach den Hamburger Sommerferien stattfinden würde. Das dürfte den Ausschlag für das Resultat gegeben haben, denn in der letzten Ferienwoche, als viele aus dem Urlaub zurück waren, habe man fünfmal so viele Unterschriften wie zuvor sammeln können. Bei einer fairen Ansetzung des Verfahrens „hätte man 100.000 zusammenbekommen,“ meint Jeep laut *NDR*. Den Initiatoren fiel leider auch auf, dass in manchen Ämtern Stadtbeamte eingeschüchtert wurden: Ihre Unterschrift für das Volksbegehren sei „nicht erwünscht“. Obendrein brachten es einige Bürgerämter fertig, die Unterschriftenlisten zu verstecken. Die Hamburger Initiatoren haben angekündigt, sie würden rechtlich prüfen lassen, ob der Hamburger Senat das Volksbegehren ordnungsgemäß durchgeführt hat. (ndr.de, welt.de)

Sieht unmöglich aus

Viele Journalisten haben sich in den vergangenen Jahren an der Verbreitung der Gendersprache beteiligt und sich damit über das Sprachgefühl der Leser, Zuschauer und Hörer hinweggesetzt. Man darf hoffen, dass dieses Gefühl bei denen ausgeprägt ist, die beruflich mit Sprache zu tun haben. Nun erklärt Marcus Weingärtner, Leiter des Panoramaessorts der Berliner Zeitung: Sternchen, Doppelpunkte und andere Ideen zur sprachlichen Gleichberechtigung funktionierten nicht. Er habe sich Mühe gegeben, müsse aber eingestehen: „Es sieht einfach vollkommen unmöglich aus“. Weingärtner erklärt: „Nicht die Sprache muss sich ändern für mehr Gleichberechtigung aller Geschlechter, sondern die Gesellschaft.“ Interessant auch seine Begründung, warum er überhaupt angefangen hatte, Genderformen zu verwenden: Seine Abneigung gegen das „mitunter giftige Gegreine“ der Gendergegner. (berliner-zeitung.de)

8. Kommentar

Mit schmutzigen Tricks über die Sprache bestimmen

Es gibt gute Gründe dafür, dass sich die Verfasser des Grundgesetzes 1949 für die repräsentative Demokratie, nicht für die direkte entschieden. Gute Gründe gab es auch, Direktabstimmungen durch das Volk dennoch zuzulassen, nur eben nicht als Regelfall. Dem allzu leichtfertigen Umgang mit diesem Instrument wurden daher Hürden in den Weg gestellt: Wenn es die Leute ernst meinten, würden sie diese schon nehmen. Eine solche Hürde war in Hamburg das vorangestellte Volksbegehren. Es sollte in bestimmter Zeit eine bestimmte Menge Unterschriften nachgewiesen werden.

So weit, so gut. Was sich die Hamburger Bürgerschaft dann aber geleistet hat, war genau so nicht vorgesehen: dass die Parlamentsmehrheit eine angekündigte Direktabstimmung auch mit Tricks aus der untersten Schublade bereits im Keim zu ersticken sucht. Damit hat sich die rotgrüne Mehrheit auf ein Niveau begeben, das ihrer unwürdig ist. Sich dermaßen schäbig zu verhalten, war auch unklug, um nicht zu sagen saublöd. Und das alles für einen Symbolismus, der keinem nützt, der sprachlich nicht funktioniert und der aus gutem Grund so flächen-deckend abgelehnt wird! Verloren hat hier die Stadt Hamburg. (Oliver Baer)

Info-Brief vom 09.09.:

Infobrief vom Montag, 9. September 2024

1. Presseschau

- Der Traum vom Babelfisch
- Sprachenlernen beim Daddeln und Fernsehen
- Azubis und Ausbilder reden aneinander vorbei
- Wie Schweine sprechen
- Aussterbende Sprachen
- Unklare Zusätze
- Warum ist Sprache entstanden?

2. Gendersprache

- Ricarda Lang ist das Gendern „egal“
- Ärztinnen- und Ärztekammer
- VDS in Nürnberg stellt richtig
- CDU Bochum scheitert mit Antrag gegen Gendern

3. Kultur

- Sorbisch wird beliebter
- Freitag ist Platttag

4. Berichte

- Besuch aus China
- Sprache in der DDR
- Rechtschreibung – Schlechtschreibung – Gerechtschreibung

5. Denglisch

- TikTok setzt Sprach-Trends

6. Soziale Medien

- Süttember
- Letztes Zeugnis
- Bauch, Beine, Po

7. Kommentar

- Verwirrung an der Wümme
-

1. Presseschau

Der Traum vom Babelfisch

Der Journalist Yves Bellinghausen fragt in der *ZEIT*, ob es im Zeitalter von *Google Translate* und *DeepL* noch angezeigt sein kann, eine oder gar mehrere Fremdsprachen zu lernen.

„Rasend schnell drängen KI-Übersetzer in den Alltag hinein. Seit ein paar Jahren schon sieht man Touristen in Restaurants ganz selbstverständlich die Speisekarte mit der Handykamera übersetzen“, beobachtet Bellinghausen. Er selbst berichtet von einem Friseurbesuch im polnischen Jelenia Góra, ohne ein Wort Polnisch zu beherrschen. Für ihn sieht es so aus, als würde sich der Traum vom Babelfisch erfüllen. In Douglas' Adams Geschichte *Per Anhalter durch die Galaxis* ist dies ein Parasit, den man sich in den Gehörgang setzt, wo er sich von Gehirnwellen ernährt, wofür wie zum Dank sein Wirt alle Sprachen des Universums versteht. Ist also durch intelligente Übersetzungsprogramme der Fluch der Götter, welche die Menschheit durch Sprachvielfalt verwirrt haben, gebannt? Bellinghausen recherchiert: Er besucht eine Dolmetscherin und einen Übersetzer in der EU-Verwaltung. Man erfährt, dass KI-Dolmetscher bald sogar schon den Gemütszustand eines Sprechers in einer anderen

Sprache wiedergeben könnten, indem Gesichtsausdruck und Gesten gefilmt und ausgewertet werden – in Echtzeit.

Am Ende seiner langen Reportage interviewt Bellinghausen noch den Entwickler der zur Zeit vielleicht besten Übersetzungstechnik *DeepL*, Jarosław Kutylowski, dessen Büro nicht im Silicon Valley steht, sondern in einem Kölner Gewerbegebiet. Er ist sich sicher: Die künstliche Intelligenz werde dem Menschen bei sprachlichen Leistungen den Rang ablaufen. Kreatives Schaffen, von dem wir heute noch glauben, dass es uns zum Menschen macht, können auch die Maschinen. Trotzdem empfehle er seinen Kindern „auf jeden Fall“, eine Fremdsprache zu erlernen. „Die Frage, warum wir überhaupt noch etwas selbst lernen sollen, wird sich uns in Zukunft immer öfter stellen“, sagt Kutylowski. (zeit.de)

Sprachenlernen beim Daddeln und Fernsehen

In der Computerzeitschrift *Gamestar* berichtet Mathias Dietrich von einem Programm, das beim Spielen oder Videoschauen unbekannte Wörter interaktiv übersetzt. Das Programm *Yomininja* müsse auf dem Rechner installiert werden, beim Spielen startet man, sobald ein fremdsprachiger Text eingeblendet wird, das Programm über eine Tastenkombination. Das Spiel (oder Video) zeigt an, welchen Text es erkennt und gibt dem Nutzer die Möglichkeit, per Maustaste entweder eine direkte Übersetzung des Wortes zu bekommen, oder es gibt zum Anklicken einen Link zum Übersetzungsprogramm von Google. Zum kompletten Sprachenlernen eigne sich das Programm eher nicht, wer jedoch eine Sprache einigermaßen beherrscht und einzelne Wörter zum Verständnis nachschlagen möchte, finde hier eine gute Option zum gewohnten Nachschlagen. (gamestar.de)

Azubis und Ausbilder reden aneinander vorbei

Viele Unternehmen in Ostwestfalen-Lippe (OWL) finden nicht genügend Auszubildende. Andererseits finden viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh liegt das Problem in der Kommunikation zwischen potenziellen Azubis und Arbeitgebern. Man spreche nicht die gleiche Sprache, berichtet *Radio Gütersloh*. Denn während drei Viertel der Unternehmen Stellenanzeigen auf Facebook schalten, sucht dort nur ein Viertel der Jugendlichen nach einem Ausbildungsplatz. Auch über die Wünsche und Anforderungen beider Seiten sei man sich nicht im Klaren. Die Bertelsmann-Stiftung rät den Unternehmen, ihre Kommunikation besser dem Medienverhalten der jungen Menschen anzupassen. (radioguetersloh.de, bertelsmann-stiftung.de)

Wie Schweine sprechen

Eine Forschergruppe aus Kopenhagen hat mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) die Sprache von Schweinen entschlüsselt. Die Biologin Dr. Elordie Mandel-Briefer erläutert, der Algorithmus der KI sei dergestalt trainiert worden, dass zwischen positivem und negativem Gefühlszustand der Schweine unterschieden werden kann. Man habe mindestens 19 verschiedene Laute aufgezeichnet, mit denen die Tiere ihre Gefühle ausdrücken. Auch der körperliche Zustand und die Gesichtserkennung konnten Auskunft über den Gemütszustand der Tiere geben. Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass vor allem die Strapazen der Massenhaltung die Tiere krank und unglücklich machten. Das äußere sich auch in der Sprache

der Schweine. Die Bioakustikerin Dr. Avelyne Villain stellt sogar fest, dass sich Schweine laut begrüßen können. ([ndr.de](https://www.ndr.de))

VDS in Nürnberg stellt richtig

Die Romanistin Miriam Zapf von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen hat über Gendersprache im Spanischen promoviert und erklärt im Frankenfernsehen drei Gründe für den Streit um das Gendern. Erstens werde über Sprache vor allem Macht ausgeübt. „Es geht darum: Wer hat die Deutungshoheit“. Zweitens fehle den meisten Sprechern der Überblick, wie und warum Gendersprache verwendet werde. Drittens fühlten sich die Sprecher bevormundet. Als Beispiel wählt sie das Wort „Bundeskanzlerin“, das oft als Beleg verwendet werde, wie sich Sprachformen veränderten. Es habe allerdings mit Gendersprache überhaupt nichts zu tun, denn die Movierung, also mithilfe der Wortbildung Frauen zu benennen, ist in der deutschen Grammatik seit dem Althochdeutschen fest etabliert und zum Beispiel in dem Wort *kuningin* = Königin deutlich belegt.

In dem Fernsehbeitrag kam auch die Regionalvertretung des VDS in Nürnberg zu Wort: „Wir vom Verein Deutsche Sprache bezweifeln, dass die Welt gerechter wird, wenn wir unsere Sprache künstlich umgestalten. Denn in der deutschen Sprache haben wir vielfältige Möglichkeiten, Personen geschlechtsübergreifend anzusprechen und, wenn nötig, bestimmte Geschlechter zu benennen. Alle Genderformen entsprechen nicht dem Deutsch, das wir im Alltag verwenden oder in der Zeitung lesen.“ ([frankenfernsehen.tv](https://www.frankenfernsehen.tv))

CDU Bochum scheitert mit Antrag gegen Gendern

Die CDU Bochum hatte neben zwei weiteren Parteien diese Woche einen Antrag im Rat der Stadt eingereicht, die Verwaltung solle sich an die geltenden Regeln der deutschen Rechtschreibung halten. Bochum gendert teils mit Stern, teils mit Doppelnennung oder geschlechtsneutralen Begriffen. Der Antrag wurde mit der rot-grünen Mehrheit der Stadt abgelehnt. ([cdu-bochum.de](https://www.cdu-bochum.de))

7. Kommentar

Verwirrung an der Wümme

Landrätin (!) Marco Prietz hat es getan: Eine Dienstanweisung schreibt für den internen Schriftverkehr im Landkreis Rothenburg (Wümme) ab Oktober 2024 ausschließlich weibliche Bezeichnungen vor (generisches Femininum). Eine Provinzposse und eine schlimme, sprachverhunzende Anbiederung an den Zeitgeist, die maßlose Verwirrung stiften dürfte, von Rechtssicherheit in amtlichen Texten ganz zu schweigen.

Landrätin Prietz ist Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und doch den Unsinn schafft. Die meint, das grammatikalische Geschlecht (Genus) habe irgendetwas mit dem biologischen Geschlecht (Sexus) zu tun. Das ist natürlich Unfug, es heißt DER Mund, DIE Nase, DAS Gesicht und auch DER Busen (!) und keiner weiß warum. Hat Landrätin Marco Prietz schon mal darüber nachgedacht, dass der Mann im Plural weiblich wird: „DIE Männer“? Bevor wir hier derlei Quatsch weiterführen, warten wir lieber genüsslich auf die erste Klage eines Mitarbeitenden. Die arbeiten bekanntlich nur, wenn sie gerade im Büro sind. (Bruno Klauk, Mitglied des Vorstands im Verein Deutsche Sprache e. V).

Info-Brief vom 22.09.:

2. Gendersprache

Behördenmitarbeiterin startet Petition gegen Gendern

Die Bremer Behördenmitarbeiterin Claudia Andresen beklagt Wildwuchs in der Verwaltung. In der „Handreichung zur gendersensiblen Sprache in der Bremer Verwaltung“ würde der Doppelpunkt als derzeit beste Möglichkeit zum Gendern genannt, eine echte Handlungsempfehlung gebe es aber nicht. Das Sorge dafür, dass die Mitarbeiter in der Verwaltung nach persönlichem Geschmack gendern, Texte seien nicht mehr einheitlich. Sie hat deswegen im Februar bei der Bremischen Bürgerschaft eine Petition eingereicht, damit wieder ein klarer und einheitlicher Sprachgebrauch vorherrsche. Die aktuelle Situation verwirre nicht nur die Beschäftigten in den Behörden und die Bürger: „Noch dazu erschwert es den etlichen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bremen das Erlernen der deutschen Sprache.“ Andresen fordert deswegen, Schluss zu machen mit gendersensibler Sprache bei den Behörden – sie selbst begnügt sich mit weiblichen und männlichen Varianten. Derzeit ist ihre Petition in der parlamentarischen Beratung. ([weser-kurier.de](https://www.weser-kurier.de) (Bezahlschranke))

Wer täglich Kisten schleppt, hat auf Gendern keine Lust

In einem Kommentar im *Focus* beschreibt Jan Fleischhauer die *Wokeness* (Anmerkung der Red.: das einzig gültige Bewusstsein für mangelnde soziale Gerechtigkeit) in den Medien. In vielen Serien wie *Bridgerton* und *My Lady Jane* würden Charaktere nicht zeitgerecht besetzt, bei *My Lady Jane* sei der König „schwarz, schwul und behindert“. Online hätte *Bridgerton* für viele Umschreibungen der originalen Bücher viel Kritik einstecken müssen, *My Lady Jane* sei bereits nach einer Staffel eingestellt worden. Dem Publikum würden viele der vermeintlich modernen Ideen nicht gefallen, Unternehmen würden merken, dass sich mit zuviel Wokeness kein Geld machen lässt. Vieles spreche dafür, dass die Bewegung ihren Scheitelpunkt überschritten hat. Das lasse sich auch beim Gendern in den Medien beobachten. „Und nun? Nun streichen selbst führende linke Presseorgane die Segel.“

Der *Tagesspiegel* habe, trotz seiner progressiven Redaktion, im vergangenen Jahr eine Direktive herausgegeben, nach der die Redakteure auf Pünktchen, Sternchen und andere Gender-Sonderzeichen verzichten sollen. Auch *Süddeutsche* und *Spiegel* hätten das Gendern weitgehend eingestellt: „Die neuen Sprachregeln sind unfassbar unpopulär. Normalerweise ist Journalisten die Meinung ihrer Leser herzlich egal. Aber in dem Fall sind die erwarteten Auswirkungen auf die Abonnentenzahl so desaströs, dass die Verlagsleitungen nicht umhinkonnten, die Sache abzublasen.“ Das Gendern habe nie wirklich aus dem Kreis der Überzeugten hinausgefunden, so Fleischhauer: „An diese Art der Sprachmagie können nur Menschen glauben, die ihren Lebensunterhalt mit dem Hin- und Herschieben von Wörtern verdienen. Wer jeden Tag Kisten schleppt oder Kissen aufschüttelt, weiß ziemlich genau, dass seine Wirklichkeit sich nicht ändert, nur weil man jetzt anders über sie spricht.“ ([focus.de](https://www.focus.de))

Info-Brief vom 22.09.:

2. Gendersprache

Protest vor dem Landtag

Die Volksinitiative gegen Gendern in Niedersachsen hat am Mittwoch vor dem Landtag in Hannover für ihr Anliegen demonstriert. Mit vielen Abgeordneten verschiedener Parteien kam man ins Gespräch, so ein Sprecher der Initiative. Viele unterzeichneten die Unterschriftenlisten. „Interessant“ war dabei das Gespräch mit Detlev Schulz-Hendel, dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Landtag. Dieser bezeichnete die Volksinitiative als „undemokratisch“, so der Sprecher der Volksinitiative – und das, obwohl Art. 20 GG sowie §§ 3 bis 11 NVAbstG durchaus Regeln für die Mitbestimmung durch den Bürger festlegen.

(facebook.com/vds, instagram.com/vds)

Info-Brief vom 18.10.:

2. Gendersprache

Genderzwang an pädagogischer Hochschule

Das österreichische Verwaltungsorgan Volksanwaltschaft berichtet über eine Studentin der Privaten Pädagogischen Hochschule Burgenland (PH), die nach drei Jahren des Studiums ihre Arbeiten nicht mehr gendern wollte und stattdessen das generische Maskulinum verwendete. Daraufhin wurden ihr zunächst 25 % ihrer Bewertungspunkte abgezogen, nach einem fruchtlosen Gespräch mit der Professorin sogar 50 % der Punkte. Die Professorin habe angekündigt, ihr auch künftig immer mehr Punkte abzuziehen bzw. nicht genderte Arbeiten gar nicht erst anzusehen. Eine Arbeit benotete sie noch, allerdings mit Hinweis auf das fehlende Gendern, mit einem Notengrad schlechter. Die Studentin sah das als Bevormundung und Sprachpolitik an und wandte sich daher an die Volksanwaltschaft. Diese zählt zu den „Obersten Organen“ der Republik Österreich und kontrolliert seit 1977 auf Grundlage der Bundesverfassung die öffentliche Verwaltung.

Die Direktorin der PH sagte dem ORF, ihre Vorgangsweise sei rechtens, zumal sie zu Beginn ihrer Lehrveranstaltung darauf hingewiesen habe, dass Gendern einen Bestandteil ihrer Beurteilung darstelle. Das Bildungsministerium schrieb in einer schriftlichen Stellungnahme, der Vorfall sei alleinige Angelegenheit der PH, deswegen entsandte es auch keinen Diskussteilnehmer in die ORF-Sendung „Bürgeranwalt“, die juristische Themen diskutiert. Volksanwalt Dr. Walter Rosenkranz sagte in der Sendung, dass es sich die PH Burgenland zu einfach gemacht habe. Laut Landesverfassung sei die Staatssprache Deutsch, der Rat für deutsche Rechtschreibung lehne Schreibweisen mit Sternchen oder Doppelpunkt ab. Es sei nicht akzeptabel, dass inhaltlich ausgezeichnete Arbeiten aufgrund fehlenden Genderns schlechter oder gar negativ beurteilt würden, so Rosenkranz, auch die PH Burgenland stehe mit ihrer Auslegung nicht über der Verfassung. (volksanwaltschaft.gv.at)

Widersprüchliche Jugend

Seit 1953 untersucht der Konzern Shell die aktuelle Meinungslage bei Jugendlichen zu verschiedenen Themen. Diese Woche wurde die mittlerweile 19. Shell Jugendstudie vorgestellt, und sie ist in vielerlei Hinsicht spannend. Zum Beispiel hat das Interesse der Jugend an Politik grundsätzlich weiter zugenommen. Die Mehrheit verortet sich leicht links der Mitte. Interessanterweise lehnen trotz dieser politischen Selbstverortung 42 Prozent der Befragten das Gendern ab, nur 22 Prozent sind dafür, dazu kommt eine große Gruppe von 35 Prozent jener, denen das Thema egal ist. (faz.net, t-online.de)

Gendern – ein Gesundheitsthema?

Die *Apotheken Umschau* ist als Kundenzeitschrift bekannt, welche die Leser über Neuigkeiten und Informationen zu Medikamenten, Krankheiten und Medizin aufklärt. Und obwohl sie als eine der auflagenstärksten Zeitschriften gilt, hat die *Apotheken Umschau* einen verstaubten Ruf. Dennis Ballwieser, Chefredakteur der *Apotheken Umschau*, verkündete bereits im Frühjahr, dass sich die Zeitschrift künftig moderneren Themen widmen werde. Daraufhin folgte im April ein Beitrag über die Gendersprache und warum diese sinnvoll sei. Ballwieser und seine Kollegin Julia Rotherbl begründen den Genderartikel im Apothekenmagazin damit, dass „Diskriminierung die Gesundheit beeinflusse“ und das Gendern somit auch als Gesundheitsinformation für die Leser gelte. Die *Apotheken Umschau* erscheint zweimal im Monat. Die monatlichen Leser werden auf etwa 15,9 Millionen geschätzt. ([taz.de](https://www.taz.de))

Info-Brief vom 27.10.:

Gendern in Hausarbeit

Auf X (vormals Twitter) berichtet der Nutzer @GGGamerLP_ von der Anforderung seiner Lehrerin, dass er in einer Hausarbeit gendern muss. Alternativ drohe Punktabzug. Die Arbeit betrifft das Abitur in der 12. Klasse in Niedersachsen, schreibt er. Er habe die Lehrerin gefragt, woher die Anweisung komme. Sie vermutete vom Land Niedersachsen, wisse es aber nicht genau. Er selbst wolle in dieser Sache Rücksprache mit dem Schulleiter halten. In den Kommentaren weisen mehrere Nutzer darauf hin, dass es keine Genderpflicht gebe, da der Rechtschreibrat Sonderzeichen nicht zum Gendern zulasse. (x.com/gggamerlp)

Info-Brief vom 03.11.:

1. Presseschau

„Sorry, I don't speak German“

Die Journalistin Marie-Luise Goldmann lernte bei einem einjährigen Schüleraustausch in Venezuela Ende der 2010er-Jahre die Faustregel „Pass dich an dein Gastland an und lerne die Sprache“. In der *WELT* schildert sie nun ihren Eindruck, dass diese Faustregel in Deutschland nicht mehr gilt, insbesondere in der Hauptstadt Berlin. In den Szenevierteln Kreuzberg und Friedrichshain ernte sie schon beim Kaffeeholen verständnislose Blicke, wenn sie auf Deutsch bestellt: „Sorry, I don't speak German“, laute oftmals die Antwort der Bedienung. In Berlin habe sich eine internationale Gemeinschaft meist junger, recht gut verdienender Arbeitnehmer gebildet, die in Unternehmen, Bars oder der Kreativszene arbeiten. Sie teilen nicht dieselbe Herkunft oder Kultur, ihr Identifikationsmerkmal ist die englische Sprache. Dies greife weit in den Alltag junger Berliner ein. So berichtet Goldmann, dass in den meisten Gruppenchats und Freundeskreisen, denen sie angehört, grundsätzlich auf Englisch kommuniziert wird, sobald auch nur eine Person nicht Deutsch als Muttersprache hat. „Das Deutsche neigt zur masochistischen Selbstverdrängung“, findet Goldmann. Ein sichtbarer Beweis dafür sei auch „die Denglisch-Inflation, also die exzessive Übernahme englischer Vokabeln“. Für Goldmann hat der Berliner Englisch-Fetisch trotz seines „inklusiv-weltbürgerlichen Anscheins“ einen ausgrenzenden Charakter, so dass insbesondere ältere Menschen und Ausländer ohne Englischkenntnisse außen vor bleiben. ([welt.de](https://www.welt.de) (Bezahlshranke)).

Oberindianer

Ein für Mitte November geplantes Konzert im Berliner Humboldt Forum hat jetzt einen faden Beigeschmack bekommen. Dort sollte einer der Chöre auch das Lied „Sonderzug nach Pankow“ von Udo Lindenberg singen. Den Verantwortlichen des Humboldt Forums war allerdings die 4. Zeile des Liedes ein Dorn im Auge, in der SED-Chef Erich Honecker als „Oberindianer“ bezeichnet wird. Das Wort werde heute als rassistisch wahrgenommen, so ein Sprecher des Forums, es würde daher ausgelassen. In der Begründung an die *Bild* heißt es:

„Auch wenn das Wort in dem Lied in seiner Entstehungszeit 1983 eine metaphorische Konnotation hatte – und es sich damals satirisch-kritisch auf Erich Honecker bezog – sind wir uns auch bewusst, dass in dem Wort die Gewaltgeschichte der Kolonisierung indigener Bevölkerungsgruppen nachklingt.“ Nach Rückfrage der *WELT* soll statt „Oberindianer“ jetzt „Ober-I“ mit einem langgezogenen I gesungen werden. In einem Interview mit der *WELT* kritisiert der Focus-Kolumnist Jan Fleischhauer an dem Vorgehen, dass sich Menschen in Kommission den Kopf darüber zerbrechen, wer sich bei welchem Wort verletzt fühlen könnte. Dort würde man dann stellvertretend für andere entscheiden. Das Humboldt Forum habe sich „wahnsinnig lächerlich“ gemacht.

In seinem Kommentar in der *WELT* unterstreicht Matthias Heine diese Ansicht. Der indigene Autor Drew Hayden Taylor von der Ojibwe-Nation habe erst kürzlich bei einem Deutschland-Besuch gesagt: „Die meisten, die ein Problem mit der Bezeichnung ‚Indian‘ haben, sind Weiße. (...) Wir werden uns nicht umbenennen, bloß weil irgendwelche Weißen, die nie unsere Realität geteilt haben, den Begriff als diskriminierend empfinden.“ Die wichtigste einschlägige Organisation sei der „National Congress of American Indians“, so Heine weiter, und auch die Black Feet würden ihr Gebiet in Montana auf der eigenen Internetseite weiterhin kommentarlos als „Black Feet Indian Reservation“ bezeichnen. 34 von 326 Reservaten in den USA hätten ‚Indian‘ 2021 noch im Namen getragen. „Es spricht also einiges dafür, dass die sich ‚unwohl‘ Fühlenden, auf die sich die Veranstalter des Chortreffens berufen, sich lediglich in einem Akt kultureller Anmaßung zu Sprechern der amerikanischen Ureinwohner aufschwingen“, schreibt Heine. ([bild.de](#), [welt.de](#), [welt.de](#), [welt.de](#)).

Rechtschreibregeln gelten nicht für den Hessischen Rundfunk

Das Netzwerk Sprachkritik hatte den Hessischen Rundfunk im August per Brief darauf hingewiesen, dass Sonderzeichen der Gendersprache das Verständnis behindern und dem Sprachgefühl der Hörer und Zuschauer widersprechen. In ihrer Antwort stellt die Vorsitzende des Beschwerdeausschusses, Simone Weinmann-Mang, erstaunlicherweise fest: Das geltende amtliche Regelwerk für die deutsche Rechtschreibung habe für den Hessischen Rundfunk „keine rechtliche Bindungskraft“. Demnach stehe es „den Mitarbeitenden“ frei, „ob sie gendern wollen oder nicht“. Die Sorge des Netzwerks Sprachkritik, dass die Gendersprache die Gesellschaft zunehmend spalte, kann der HR nicht nachvollziehen. ([linguistik-vs-gendern.de](#), PDF-Datei).

Kein Deutsch in Bellevue

Vor einigen Wochen erhielten der US-Präsident Joe Biden und der ehemalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg das Bundesverdienstkreuz vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Sebastian Sasse von *Die Tagespost* kritisiert nun die Ansprache des Bundespräsidenten. Denn während der Verleihung sprach Steinmeier in seiner Rede ausschließlich auf Englisch. Zwar könne man laut Sasse denken, es handle sich um eine freundliche Geste gegenüber dem US-Amerikaner und dem Norweger, jedoch betont er auch, dass die beiden für ihre Verdienste um Deutschland ausgezeichnet wurden. Steinmeier spreche als Staatsoberhaupt im Namen des deutschen Volkes und das Volk spreche nun mal Deutsch. Die politische Kommunikation sei laut Sasse grundsätzlich nicht mehr volksnah und er ruft die Politiker dazu auf, nicht nur eine bürgernähere Sprache zu verwenden, sondern auch mehr Deutsch zu sprechen. ([die-tagespost.de](#))

Info-Brief vom 09.11.:

Zürich stimmt übers Gendern ab

Ende November wird in Zürich über das Gendern abgestimmt. Ins Rollen gebracht hat die Initiative die SVP-Kantonsrätin Susanne Brunner. Sie fordert von der Stadt Zürich eine „klare, verständliche und lesbare Sprache“, auf Sonderzeichen wie den Genderstern soll verzichtet werden. Der Stadtrat gendert bereits seit zwei Jahren, dabei sei das Gendern bei der Bevölkerung aber nicht so beliebt, wie der rot-grüne Stadtrat es sich wünscht, schreibt Isabel Heusser in ihrem Kommentar in der NZZ: „Von dieser Sprache, die alle einschliessen will, fühlen sich längst nicht alle Menschen angesprochen, auch wenn die Linke das glaubt. Die grosse Mehrheit stört sich an der Kunstsprache. (...) Auch wenn es aus liberaler Sicht nicht besonders sympathisch ist, ein Gebot mit einem Verbot zu bekämpfen, wie die Initiative das macht.“ Die Verwendung des Gendersterns sei politisch, so Heusser, Linke gendern, Rechte nicht. Wer nicht gendern wolle, gelte als ewiggestrig, reaktionär oder feindlich gesinnt gegenüber Minderheiten. Dazu taue der Genderstern nicht als Mittel zur Inklusion: „Wer Mühe hat mit Lesen, wird ohnehin über Bezeichnungen wie ‚Bewohnende‘ und ‚Stadträt*innen‘ stolpern.“ Dazu kommt die Frage der fehlenden Durchgängigkeit: Die Stadt müsse sich aus Gründen der Rechtssicherheit bei vielen Texten und Dokumenten an den Richtlinien von Bund und Kanton orientieren – und die gendern eben nicht. In Weisungen, Verfügungen und bei Eingaben an Gerichte und Rechtsmittelinstanzen verwende die Stadt deshalb auch weiterhin männliche und weibliche Formen. Man könne durchaus die Frage stellen, ob es wirklich nötig sei, eine Abstimmung zu einem Sprachreglement durchzuführen, schreibt Heusser. „Die emotionalen Diskussionen dazu geben aber eine klare Antwort: Ja.“ ([nzz.ch](https://www.nzz.ch))

Handbuch der Rechtsförmlichkeit ohne Sternchen und Co.

Der Jurist und Hochschullehrer Arnd Diringer macht auf X auf die 4. Auflage des „Handbuchs der Rechtsförmlichkeit“ aufmerksam: So „bleibt uns in Rechtsvorschriften auch künftig der übelste #GenderSprech (in dem Hb. als ‚Sparschreibung‘ bezeichnet) erspart“, schreibt er. Unter Punkt 319 *Keine Sparschreibungen* heisst es im Handbuch: „Damit ein Text problemlos von einer menschlichen oder technischen Assistenz vorgelesen werden kann, müssen in Rechtsvorschriften auch Personenbezeichnungen ausformuliert sein und dürfen keine Sparschreibungen enthalten – weder Schrägstriche noch andere Zeichen wie Klammern, Unterstriche oder Sterne (Asterisk); also keine Formen wie ‚Käufer/in‘ oder ‚der/die Geprüfte‘, ‚die Bewerber(innen)‘, ‚Prüfer_in‘ oder ‚Schüler*in‘.“ ([x.com/Arnd_Diringer](https://www.x.com/Arnd_Diringer))

Universität als Vorreiter des Genderns

Die Greifswalder Bürgerschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat, entgegen den Bestrebungen des Oberbürgermeisters Stefan Fassbinder, mehrheitlich beschlossen, künftig dem Duden und den Empfehlungen des Rates der deutschen Rechtschreibung zu folgen und somit das Gendersternchen und Binnen-I in internen und externen Schriftstücken der Verwaltung abzuschaffen. An der Universität Greifswald sei die Gendersprache jedoch seit dem Wintersemester 2019 bereits fest etabliert, berichtet die *Ostsee Zeitung*. So seien Gendersprache und Genderstern in offiziellen Dokumenten der Universitätsverwaltung bereits seit April 2019 vorgeschrieben. Der Pressesprecher der Uni Greifswald, Jan Meßerschmidt, erläutert, dass diese Regel jedoch nicht für Seminare, Klausuren oder Hausarbeiten gelte. In Lehrveranstaltungen werde keine Gendersprache eingefordert und es gebe dementsprechend

keine Punkt- oder Notenabzüge. Eine allgemeine Empfehlung für das Verwenden der Gendersprache sei jedoch ausgesprochen worden. Der Beschluss der Universität sieht vor, dass in offiziellen Dokumenten eine „geschlechtsneutrale Sprache“ oder der Genderstern verwendet werden soll. Somit wolle man sicherstellen, dass auch das dritte Geschlecht mit eingeschlossen sei. An der Entscheidung waren eine Arbeitsgruppe, Sprachwissenschaftler und die Gleichstellungsbeauftragte der Universität beteiligt. Neben einer extra verfassten Handreichung formuliert die Universitätsverwaltung auch alle Studien- und Prüfungsordnungen entsprechend um. Da Studenten keine offiziellen Dokumente anfertigen, seien die Gendersprache und der Genderstern für sie nicht verpflichtend. (ostsee-zeitung.de (Bezahlschranke))

3. Berichte

Aktionstage an Hochschulen

Die vom VDS unterstützte Volksinitiative „Stoppt Gendern in Niedersachsen“ veranstaltet in der kommenden Woche Aktionen an mehreren Hochschulen in Niedersachsen, nämlich in Osnabrück (11.11., 13-15 Uhr, Schlossgarten vor der Mensa), Hannover (12.11., 10:30-15 Uhr, im Innenhof neben der Mensa und neben dem Eingang zum Audimax), Lüneburg (13.11., 10-16:30, Bushaltestelle Leuphana) und Braunschweig (14.11., 14-15:30 Uhr, Konstantin-Uhde-Straße/Ecke Pockelstraße). Ziel der Aktionstage ist es, gegen den zunehmenden Zwang zur Verwendung von Gendersprache an den Hochschulen in Niedersachsen Stellung zu beziehen und über deren Nachteile und Gefahren aufzuklären. Auch der Vorsitzende des Rats für deutsche Rechtschreibung und ehemalige niedersächsische Wissenschaftsstaatssekretär Josef Lange warnt, dass die Hochschulen sich mit einer ideologisch geprägten Sprachpolitik in eine isolierende Position begeben. Viele Studenten fühlen sich durch Gendersprache und Androhung von schlechteren Noten unter Druck gesetzt. Die Volksinitiative muss bis zum März 2025 70.000 Unterschriften sammeln. (stoppt-gendern-in-niedersachsen.de)

4. Denglisch

„Trödel nicht, go Schule“

So stellt man sich beim ZDF wohl die typische morgendliche Aufforderung in Haushalten mit schulpflichtigen Kindern vor. Zumindest betitelt das ZDF seine Bildungsinitiative mit „ZDF goes Schule“ für „alle gängigen Unterrichtsfächer“, bei der Lernvideos für „Lernende und Lehrende“ bereitgestellt werden. Die Inhalte sind vielfältig: „Endlich verständlich: Deutschlands Politik- und Wahlsystem“, „Tatort Gehirn – Dein Gedächtnis lügt!“ oder ein Video zu Kommaregeln. Sogar Übungen für den Sportunterricht sind dabei. Peter Voß kritisiert in der FAZ den Titel des Projekts: „At least das ZDF erkennt die Signs of Time und beherrscht die Art of Timing.“ Voss fragt zurecht weiter: „Sollten wir nicht eher von der Mom aller Öffentlich-Rechtlichen ein Programm ‚BBC goes school‘ erwarten dürfen?“ (zeitung.faz.net)

Info-Brief vom 16.11.:

Digitale Echtzeitübersetzungen

Das Kölner Unternehmen DeepL, welches den gleichnamigen Online-Übersetzungsdienst betreibt, stellt nun ein System vor, das die Übersetzung von gesprochener Sprache in Echtzeit anbietet. Jaroslaw Kutylowski, Gründer des Unternehmens, erklärt, dass DeepL bereits führend in der Übersetzung von schriftlichen Inhalten sei. Das neue System könne nun auch dafür sorgen, dass in Videokonferenzen die Übersetzung gleichzeitig und ohne Verschriftlichung erfolgen kann. Das neue Programm „DeepL Voice“ sei speziell auf gesprochene Sprache ausgerichtet, um bekannte Übersetzungsfehler, Verzögerungen oder Undeutlichkeiten zu vermeiden. ([sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de))

2. Gendersprache

Aktionswoche der Volksinitiative gegen die Gendersprache an Unis in Niedersachsen

Die Volksinitiative (VI) „Stoppt Gendern in Niedersachsen“ war diese Woche an den Universitäten in Osnabrück, Hannover, Lüneburg und Braunschweig unterwegs, um Unterschriften zu sammeln und mit Studenten und Mitarbeitern an den Hochschulen ins Gespräch zu kommen. Die Aktionstage haben dazu beigetragen, das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die schwierige Situation der Mehrheit der Genderkritiker an den Hochschulen zu lenken und auch dazu, dass immer wieder mit Genderbefürwortern diskutiert werden konnte. Laut einem der Vertrauensleute stieß die Aktionswoche allerdings an allen Orten auch auf negative, teils gewalttätige Gegenreaktionen.

In Osnabrück versuchten immer wieder Dutzende junge Menschen, mit Lärm, Musik oder Sabotageaktionen die Volksinitiative zu bedrängen und zu behindern. Teilweise bildeten sie Kreise um Mitglieder der Volksinitiative und deren Stände, die verhindern sollten, dass Interessierte überhaupt zu den Mitgliedern der Initiative durchkommen. Dennoch wurden viele Unterschriften gesammelt, so Dr. Achim Sohns, einer der Sprecher der Initiative in Hannover. Auffällig war, dass an allen beteiligten Hochschulstandorten die Polizei für einen ordnungsgemäßen Ablauf sorgen musste, die trotzdem nicht verhindern konnte, dass Material (u. a. Transparente) entwendet und beschädigt wurde. „Ihren ‚Protest‘ drückten die überwiegend aus der linken Szene stammenden Sprach-Ideologen auch durch Sachbeschädigung aus, in dem ein Plakat der Gender-Gegner mit grüner Farbe besprüht wurde. Nach Angaben von Dr. Steffen Grüner, dem Vorsitzenden der Werteunion Niedersachsen, wurde die Sachbeschädigung zur Anzeige gebracht“, schreibt *hasepost.de*. In Hannover war die Volksinitiative gleich mit zwei Gruppen an zwei Hochschulstandorten unterwegs. Neben tätlichen Übergriffen gab es aber auch viel Zustimmung und viele Unterschriften von Studenten und Hochschulmitarbeitern sowie gute, ruhige Gespräche mit jungen Genderbefürwortern. Trotzdem kamen in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* lediglich Gegendemonstranten zu Wort, Vertreter der Volksinitiative wurden nicht interviewt. In Lüneburg war laut Angaben der Veranstalter nach den Erfahrungen der Tage zuvor die Polizei mit mehr Beamten vor Ort. Das sei auch nötig gewesen, heißt es von der VI, denn hier seien mehr gewaltbereite Gegendemonstranten präsent gewesen, die sich Rangeleien mit der Polizei leisteten.

Am letzten Tag in Braunschweig ging es gesitteter zu, berichtet Dr. Alexander Börger, einer der Initiatoren der Volksinitiative: „Es waren rund 50 Leute von der Antifa und aus der Studentenschaft da, die Gespräche waren aber ruhig und unaufgeregt.“

Der VDS verurteilt die Angriffe auf die Volksinitiative. „Die Demokratie wird mit Füßen

getreten, wenn Einzelne sich dazu erheben, dem demokratisch legitimierten Mittel ‚Volksinitiative‘ seine Daseinsberechtigung abzusprechen“, sagt der Vorsitzende des Vereins Deutsche Sprache (VDS), Prof. Walter Krämer. (hasepost.de, noz.de (Bezahlschranke), haz.de (Bezahlschranke), vds-ev.de)

Elke Heidenreich legt nach

Die Schriftstellerin und Moderatorin Elke Heidenreich äußert sich bereits seit Jahren öffentlich gegen das Gendern. Im Jahr 2021 machte sie im Podcast des *Kölner Stadt-Anzeigers* ihren Standpunkt deutlich und nannte das Gendern eine „Verhunzung der Sprache“. Im Gespräch mit der *Katholischen Nachrichten-Agentur* (KNA) legt die 81-Jährige nun nach und bestätigt, dass sich an ihrer Meinung zum Gendern nichts geändert habe. Das Vergeschlechtlichen der Sprache sei „aufgeblasen und dumm“. Heidenreich betont, dass sie sich nicht auf ihr Geschlecht reduzieren lassen möchte und begrüßt somit das generische Maskulinum: „Ich bin Autor, (...). Ich bin Schriftsteller.“ (hna.de)

Gendersprache für Rennfahrer

In der vergangenen Woche tagte die Formel-1-Kommission in Genf und sprach über die Zukunft des Motorsports. Neben fachmännischen Beschlüssen, wie der Einführung eines Kühlsystems für die Fahrer, wurde jedoch auch beschlossen, das sportliche Reglement der FIA (Fédération Internationale de l'Automobile, der internationale Dachverband der Motorsportvereine) zu überarbeiten, um die Gendersprache einzuführen. Bestimmte männliche Pronomen und weitere „geschlechtsspezifische Ausdrücke“ sollen demnach entfernt und ersetzt werden. Ähnliche Änderungen wurden für die Motorsportkategorien Formel 2 und Formel 3 bereits im letzten Jahr vorgenommen. (motorsport-total.com)

Volksinitiative: Reaktion in den Sozialen Medien auf Angriffe

Die Volksinitiative „Stoppt Gendern in Niedersachsen“ (VI) hatte in dieser Woche eine Schwerpunktaktion an verschiedenen Universitäten durchgeführt. In Osnabrück, Hannover, Lüneburg und Braunschweig waren Mitglieder der Initiative mit einem Infostand angemeldet, um über ihr Anliegen zu informieren und Unterschriften zu sammeln. Vor allem am Montag (Osnabrück) und Dienstag (Hannover) war die Polizei damit beschäftigt, die Gegendemonstranten von der Volksinitiative fernzuhalten, am Mittwoch in Lüneburg hatten die Beamten mit der Erfahrung der Vortage bereits direkt zu Beginn mehr Kräfte im Einsatz. Das Verhalten der Gegendemonstranten, die Material beschmierten, klauten und die Mitglieder der VI teilweise tätlich angingen, haben auf Facebook und Twitter für Unverständnis gesorgt. Auf Facebook schrieb Olaf Teichmann: „Wen wundert's? Die sogenannten Verfechter von Demokratie und Meinungsfreiheit sind inzwischen intoleranter als jede Randgruppe.“ Auf X kommentierte @Glasmormel: „Naja, die Gut*innen dürfen das natürlich. #Doppelmoral“ (x.com/vds, facebook.com/vds)

Info-Brief vom 22.11.:

2. Gendersprache

Sternchen verkaufen sich nicht gut

Während der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk, Universitäten und Städte immer noch Sonderzeichen als den Heilsbringer in Sachen Geschlechtergerechtigkeit feiern, findet in vielen Marketingabteilungen ein Umdenken statt. Die *NZZ* berichtet über verschiedene Aktionen, mit denen Unternehmen ihren Kunden das Sternchen schmackhaft machen wollten – und verärgerte Kommentare als Reaktion erhielten. Markenforscher Oliver Errichiello sagt,

dass sich in der Werbebranche die Überzeugung durchgesetzt habe, dass Kunden sensibel für bestimmte gesellschaftliche Themen seien und dass man sich als Unternehmen deswegen positionieren müsse. Der Genderstern sei aber mittlerweile politisch so sehr aufgeladen, dass Gendern als politisches Statement verstanden werde. So eine Positionierung gehe an den Bedürfnissen der Kunden vorbei. In Befragungen würden Kunden zwar Werte wie *Nachhaltigkeit* und *Diversität* ankreuzen, hinsichtlich des Kaufverhaltens aber spontan mit *Qualität* und *Preis* antworten. Und schließlich gehe es Unternehmen darum, Kunden zu gewinnen und nicht darum, zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen. Für ein Unternehmen, das beispielsweise mit den Themen Nachhaltigkeit oder vegane Ernährung bei seiner oft politisch interessierten Zielgruppe bereits etabliert ist, könne sich eine Positionierung zum Gendern lohnen. Für den Großteil der Kunden treffe dies aber nicht zu: „Wenn der Kauf einer Mayonnaise, eines Mineralwassers oder eines Kaugummis ein gesellschaftliches Statement ist, dann ist irgendwann nichts mehr unpolitisch“, so Errichiello. Mittlerweile würden auch große Firmen umdenken: „Immer mehr Unternehmen rücken vom sogenannten Purpose-Marketing ab. Selbst grosse internationale Konzerne wie Procter & Gamble und Unilever haben hier in jüngster Zeit ihre Marketingstrategie geändert.“ Und auch bei der Migros-Tochter Digitec Galaxus steht der Werbespruch „Fast alles für fast jede*n“ nur noch klein gedruckt am Rande der Werbeplakate. Laut Unternehmen verzichte man im Kundendienst, im Produktmarketing oder in Medienmitteilungen auf den Stern, um den Lesefluss der Texte nicht zu stören. Für Errichiello sei das ein klares Zeichen dafür, dass der Wind sich drehe. Das würde sich auch in der Werbebranche zeigen: „Bei den Kreativpreisen, die in der Branche verliehen werden, hat Sinnhaftigkeit in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Stattdessen stehen wieder Witz und Komik im Vordergrund.“ (nzz.ch)

Weiterhin unbeliebt

In einer bundesweiten Umfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas), in Auftrag gegeben von der *Zeit*, wird der Frage nachgegangen, ob Menschen gendern, wenn sie sich mit anderen austauschen. Dabei kam heraus, dass nur knapp elf Prozent der befragten Männer und Frauen „immer oder oft“ gendern. „Selten oder nie“ gendern rund 77 Prozent der Männer und rund 82 Prozent der Frauen. Auch die Jugend scheint vom Gendern nicht überzeugt zu sein. Laut der Infas-Umfrage gaben 89 Prozent der 18- bis 24-Jährigen an, kaum bis gar nicht zu gendern. Bei den Befragten in der Gruppe 65 Jahre und älter waren es 78 Prozent. Auch das Verhältnis von Gendern zur Parteipräferenz wurde abgefragt. Sowohl bei den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen als auch bei den Wählern von CDU/CSU stellte sich heraus, dass mehr als die Hälfte nie gendert. (zeit.de (Bezahlschranke))

Oberindianer-Anarchie

Und sie sangen es DOCH! Beim Chor-Wochenende im Berliner Humboldt-Forum wurde das Lied „Sonderzug nach Pankow“ von Udo Lindenberg im Original gesungen, und zwar mit dem vorab viel diskutiertem Wort Oberindianer. Das Wort sollte laut Vertretern des Forums nicht gesungen werden, da es ein negatives Bild auf die amerikanischen Ureinwohner werfe und diskriminierend sei. Daraufhin regte sich Widerstand, vor allem in den sozialen Medien. Die Sänger schließlich setzten sich anarchistisch durch und sangen es einfach: „Bei den alten Osis ist es ein Kultsong. Wir waren einfach nicht einverstanden, dass wir das nicht singen dürfen“, sagte Eberhard Licht nach dem Auftritt in der *rbb*-Abendschau. Mitsängerin Verena Suchowski ergänzte: „Wir haben uns konzentriert, gute Musik zu machen, das war unser Job.“ (bild.de)

5. Denglisch

Radfahrerverband nun auf Englisch

Der Bund Deutscher Radfahrer e. V. (BDR) präsentiert sich künftig mit dem englischen Namen „German Cycling“. Der neue Name und das neue Logo des Verbands wurden in der vergangenen Woche im Rahmen der traditionellen BDR-Gala in Seeheim-Jugenheim vorgestellt. Laut des Verbands wolle man sich 140 Jahre nach der Gründung nun „zeitgemäß“ und „nach internationalen Maßstäben orientiert“ aufstellen. Laut den Vorsitzenden sei die äußerlich sichtbare Neuausrichtung des Dachverbands mit dem englischen Namen auch ein Versprechen, den Sport für kommende Generationen „attraktiv und zugänglich“ zu gestalten. (rad-net.de)

Info-Brief vom 29.11.:

1. Presseschau

Floskeln nehmen Überhand

Die Sprache in den Medien scheint zu verkümmern – zu diesem Schluss kommt Patrick Cernoch in der *NZZ*. Dabei meint er die einfache Sprache, die oft nicht als Inklusion, sondern als vermeintlich neue Wirklichkeit wahrgenommen werde. Das Leben der Einzelnen scheine „immer banaler, gleichsam kindischer“ zu werden. Die Folge: Die Vielseitigkeit der Sprache nehme ab. Floskeln übernahmen als Platzhalter Positionen für verschiedene Dinge, man sei mittlerweile nicht mehr nur physisch „unterwegs“, sondern auch mental, vegetarisch oder digital. Probleme würden zu „Herausforderungen“, überall gebe es „Talente“, die Unbegabten seien aus dem Sprachgebrauch verschwunden. So werde der deutschen Sprache die Fähigkeit zur Differenzierung genommen, schreibt Cernoch: „Was gut ist, ist ‚nice‘, und was man selber nicht versteht, ist zumindest ‚umstritten‘.“ Wer sich für eine beliebige Sache stark mache, avanciere fast automatisch zum moralisch überlegenen „Aktivisten“, der einen „Kampf“ gegen eine „Krise“ führe. Dass derjenige dabei nur sein Recht auf freie Meinungsäußerung ausübe, falle unter den Tisch. „Solche sprachlichen Verflachungen, die immerhin das kindlich dichotome Weltbild von Gut und Böse bedienen, behindern jedweden differenzierten Diskurs und machen diesen sogar ganz unmöglich, denn wer nicht gleicher Meinung ist, gilt schnell als ‚toxisch‘.“ (nzz.ch)

Deutsch im digitalen Zeitalter

Seit wenigen Jahren werden an Grundschulen in Deutschland Tablet-Rechner im Unterricht eingesetzt, um Lernerfolg und Motivation der Schüler zu steigern. In Skandinavien sammelt man die Geräte stattdessen gerade wieder ein, weil die Lesefähigkeiten nachgelassen haben. Die Zeit, die Kinder und Jugendliche mit digitalen Medien verbringen, „fehlt für die direkte Kommunikation und das tiefergehende Lernen“, weiß die Kasseler Sprachforscherin Claudia Finkbeiner im Interview mit dem Bonner *General-Anzeiger* zu berichten. Überhaupt sieht sie die weltweite Digitalisierung eher kritisch: So setze die Anwendung Künstlicher Intelligenz eine gewisse Grundkompetenz des Nutzers voraus, der Kenntnisse über die Herkunft der Informationen haben und diese einordnen können muss. Zusätzlich verringerten die Sozialen Medien die Aufmerksamkeitsspanne. Für zentral hält Finkbeiner den Stellenwert einer verbindenden Sprache in einer Gesellschaft. „Darum ist es wichtig, dass Deutsch als Sprache von Anfang an vermittelt wird“, so Finkbeiner. Denn über die Sprache erfolge Integration und die Annäherung an die lokale geläufige Kultur falle leichter. Damit meint Finkbeiner besonders den Zusammenhang zwischen Landessprache und Zuwanderung: „Es kann nicht

sein, dass Kinder in Deutschland geboren werden und erst bei der Einschulung Deutsch lernen." Diese Kinder hätten einen enormen Nachteil. ([ga.de](https://www.ga.de) (Bezahlschranke)).

ChatGPT verzerrt Informationen

Das Sprachprogramm ChatGPT macht Antworten von der Sprache abhängig, in der man eine Frage stellt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Dr. Christoph Steinert (Politikwissenschaft, Universität Zürich) und Daniel Kazenwadel (Physik, Universität Konstanz). Sie untersuchten die Antworten auf Fragen zu bewaffneten Konflikten und stellten ChatGPT in einem automatisierten Verfahren dazu wiederholt die gleichen Fragen in unterschiedlichen Sprachen. So wurde unter anderem auf Hebräisch als auch auf Arabisch wiederholt gefragt, wie viele Opfer es bei 50 zufallsbasiert ausgewählten Luftangriffen gegeben habe: „Wir haben herausgefunden, dass ChatGPT systematisch höhere Opferzahlen angibt, wenn es auf Arabisch gefragt wird im Vergleich zu Hebräisch. Im Schnitt sind es 34 Prozent mehr“, sagt Steinert. Bei Fragen zu israelischen Luftangriffen in Gaza gibt es auf Arabisch im Durchschnitt doppelt so häufig zivile Opfer und sechsmal häufiger getötete Kinder als auf Hebräisch. Das gleiche Muster gab es auch, wenn die Forscher nach Luftangriffen der türkischen Regierung auf kurdische Gebiete fragten und diese Fragen sowohl auf Türkisch als auch auf Kurdisch stellten. ChatGPT zeige dann höhere Opferzahlen an, wenn die Suchanfrage in der Sprache der angegriffenen Gruppe gestellt wurde. „Unsere Resultate zeigen gleichzeitig, dass die Luftangriffe in der Sprache des Aggressors von ChatGPT mit einer höheren Wahrscheinlichkeit bestritten werden“, ergänzt Steinert. Die Bilanz: ChatGPT spiele damit eine zunehmend zentrale Rolle in den Prozessen der Informationsverarbeitung und beeinflusse Informationen. „Wenn Menschen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen durch diese Technologien unterschiedliche Informationen erhalten, dann hat das einen zentralen Einfluss auf ihre Wahrnehmungen der Welt“, so Steinert. Das könne dazu führen, dass Menschen in Israel auf Grundlage der Informationen, die sie erhalten, die Luftangriffe auf Gaza als weniger verlustreich einschätzen als die arabischsprachige Bevölkerung. Als Folge bestünde die Gefahr, dass sich Wahrnehmungen, Vorurteile und Informationsblasen entlang von Sprachgrenzen verstärkten, sagt Steinert. Das könnte bewaffnete Auseinandersetzungen wie den Nahostkonflikt in Zukunft weiter befeuern. ([moneycab.com](https://www.moneycab.com))

2. Gendersprache

Zürich darf weiter gendern

Die Gender-Abstimmung im schweizerischen Zürich ist durchgefallen. Rund 57 Prozent der abgegebenen Stimmen sprachen sich gegen die Volksinitiative „Tschüss Genderstern“ aus. Nur knapp 43 Prozent waren dafür, Gendersternchen und andere Zeichen aus den Schreiben der Verwaltung zu verbannen. In eher linken Stadtbezirken war die Ablehnung der Volksinitiative deutlich, in eher konservativen hatten die Befürworter nur eine knappe Mehrheit. Der Stadtzürcher FDP-Parteipräsident Pärparim Avdili sieht das Ergebnis als Achtungserfolg, es sei zum Ausdruck gebracht worden, dass sich auch auf linker Seite Menschen vom Genderstern gestört fühlten. SVP-Kantonsrätin Susanne Brunner, die das Gesicht der Initiative ist, bedauert das Ergebnis, macht aber klar, dass immerhin 43 Prozent der Stimmbevölkerung gegen die Meinung des Stadtrats waren: „Der Stadtrat sollte das Resultat reflektieren. Vielleicht kommt er noch auf eine andere Lösung.“

In einem Kommentar in der *Limmattaler Zeitung* schreibt Sven Hoti, der Entscheid sei in erster Linie eine Sternstunde für die Linken. Die SVP sei mit ihren kompromisslosen Parolen wie „Nein zum Gender-Wahn“ und „Woke-Wahnsinn“ krachend gescheitert. Der Entscheid habe gezeigt, dass dem Stimmvolk trans- und non-binäre Personen wichtig seien und ihnen das Gendern nicht aufgezwungen würde. Mit ihrem Auftreten habe sich die SVP selbst

geschadet, es sei ihr nicht gelungen, im „weltoffenen und von verschiedenen Lebensentwürfen geprägte Zürich“ politische Pflöcke einzuschlagen. ([srf.ch](https://www.srf.ch), [limmattalerzeitung.ch](https://www.limmattalerzeitung.ch) (Bezahlschranke))

Gendern in Rostock unbeliebt

Seit Mai wird in der Rostocker Stadtverwaltung gegendert, dafür gibt es einen „Leitfaden für gendersensible und wertschätzende Kommunikation“, auch Gendersternchen sind ausdrücklich erwünscht. In der Bürgerschaft regt sich Widerstand: Die Fraktionen von AfD und CDU sagen, dass Gendersprache in offiziellen Schreiben nichts zu suchen hat. Und auch die Rostocker selbst haben laut einer Umfrage des *Nordkuriers* nur wenig Sympathien dafür. Texte würden mit Sonderzeichen schwer lesbar, so ein Rostocker, es sei eine Modeerscheinung, über die man hoffentlich bald hinwegkomme. Akzeptanz und Verständnis untereinander seien wichtiger, ergänzt eine Rostockerin, und ein anderer Mann pflichtet ihr bei: Man müsse einfach nur respektvoll miteinander umgehen, dann gäbe es viele Probleme gar nicht. ([nordkurier.de](https://www.nordkurier.de))

4. Berichte

Schüler in Benin ausgezeichnet

Anfang November hat der Verein Deutsche Sprache Benin in der Schule CEG 1 Ouèssè den Tag der deutschen Sprache organisiert. 15 Kinder aus allen Sekundarschulen der Gemeinde Ouèssè wurden für ihre Leistungen ausgezeichnet. „Unser Ziel ist es, Kultur in Vielfalt zu fördern“, sagt Mahuwèna Crespin Gohoungodji, VDS-Regionalleiter von Benin. Auch von uns: Glückwunsch! Fotos der Veranstaltung gibt es auf der VDS-Facebook- und Instagram-Seite, ein Video bei YouTube. (facebook.com/vds, instagram.com/vds, [youtube.com/SOHA TV BÉNIN](https://youtube.com/SOHA_TV_BÉNIN))

5. Denglisch

Englisch in Cafés

Was für ein Coffee to go soll es sein? Ein Flat White? Und wieviel Tip soll man geben? Vor allem in der Berliner Gastronomie werde immer häufiger Englisch gesprochen. Cedric Rehman beschreibt in der *Berliner Zeitung*, dass viele Menschen eine „Parallelgesellschaft der Privilegierten“ witterten: „Die Mehrheitsgesellschaft gestehe sogenannten Expats, Fachkräften mit hohen Qualifikationen aus dem Ausland, Blasen sprachlicher Dominanz zu, während sie von Geflüchteten maximale Anpassung auch in der Sprache erwarte. Expats kommen meist aus reicheren Ländern der EU oder Nordamerikas, während Geflüchtete aus armen Ländern des globalen Südens stammen.“ Die Sorge: Ältere Menschen oder solche mit einem niedrigen Bildungsstand würden ausgegrenzt. Auch viele Ost-Berliner, die noch in der DDR aufgewachsen seien, hätten vor der Wende nur wenige Berührungspunkte mit der englischen Sprache gehabt. Valide Zahlen darüber, wie verbreitet Englisch in der Berliner Gastronomie sei, gebe es beim Berliner Hotel- und Gaststättenverband Dehoga nicht, so deren Hauptgeschäftsführer Gerrit Buchhorn, das Phänomen sei aber bekannt. Eine Nachfrage der *Berliner Zeitung* bei verschiedenen Cafés habe ein gemischtes Bild ergeben: Eine Mitarbeiterin verwies auf wirtschaftliche Gründe. Nur wenig Deutsch-Sprechende würden sich bewerben, dazu kämen viele Gäste aus dem Ausland und sprächen nur Englisch. „Um einen guten Service für alle Kunden zu garantieren, spreche eine Kraft pro Schicht zumindest etwas Deutsch“, schreibt Rehman. Oliver Wazola, Sprecher der Kaffeehauskette Five Elephants mit Standorten in Kreuzberg, Mitte und Prenzlauer Berg, sagt, Zweisprachigkeit in den Filialen der Kette passe zum Charakter der Weltstadt Berlin: „Unsere Philosophie ist es, eine offene und inklusive Atmosphäre zu schaffen, die die Vielfalt Berlins widerspiegelt.“

Die Kabarettistin Gayle Tufts echauffierte sich im vergangenen Jahr in einem Beitrag für den *Deutschlandfunk Kultur* noch über Amerikaner, die in Berliner Cafés arbeiten. „Learn f-ing Deutsch!“, sagte sie. Sie vermischt bei ihren Auftritten selbst gern englische und deutsche Begriffe, um sich über Anglizismen und Scheinanglizismen in der deutschen Sprache lustig zu machen. ([berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) (Bezahlschranke)).

Info-Brief vom 06.12.:

Lumumba oder nicht Lumumba?

Die Diskussion um vermeintlich verletzende Sprache hat jetzt auch die Weihnachtsmärkte erreicht. In Frankfurt empfehlen die Organisatoren des Weihnachtsmarkts den Händlern, auf den Namen „Lumumba“ für heißen Kakao mit Rum zu verzichten. Kritiker sehen in dem Namen eine verhöhnende Anspielung auf den kongolesischen Freiheitskämpfer Patrice Lumumba, der in den 1960er Jahren erschossen wurde. Der „Kakao mit Schuss“ würde seine Hautfarbe und seinen Tod lächerlich machen. Die Frankfurter Tourismus und Congress GmbH schrieb daher an die Standbetreiber: „Sollten Sie ein Getränk im Angebot haben, welches Sie als ‚Lumumba‘ bezeichnen, möchten wir Sie eindringlich bitten, den Namen zu ändern und es auf Menükarten/Getränkekarten/Schildern unkenntlich zu machen.“ Als Alternativen wurden unter anderem „Kakao mit Schuss“ oder „Heiße Schokolade mit Rum“ vorgeschlagen. So sollen rassistische Stereotype umgangen werden. Der Vorschlag kommt nicht überall gut an. Thomas Roie, Vorsitzender des Schaustellerverbands Frankfurt/Rhein-Main, sagte dem *Hessischen Rundfunk*, die Diskussion um den Namen sei „aberwitzig“. Der Name sei über 30 Jahre alt. „Ich weiß nicht, was daran verwerflich ist.“ Ein Großteil der Standbetreiber sei der Empfehlung gefolgt, so der *Hessische Rundfunk*. Auf TikTok kritisiert der schwarze politische Aktivist und DJ Serge Menga (selbst im Kongo geboren, lebt seit knapp elf Jahren in Deutschland) die Pläne, das Wort Lumumba von den Getränkekarten zu streichen. „Wer erlaubt euch eigentlich immer, uns dunkelhäutige Afrikaner zu bevormunden?“, fragt er. Wer wirklich etwas gegen Rassismus tun wolle, solle lieber gegen latenten Rassismus kämpfen, wie zum Beispiel die Tatsache, dass Migrantenkinder in der Schule immer noch schlechter gefördert werden als deutsche Kinder. Man solle die Kirche im Dorf lassen. Durch das namensgleiche Getränk bleibe der Freiheitskämpfer Lumumba vielmehr am Leben. ([hessenschau.de](https://www.hessenschau.de), [tiktok.com/sergemenga](https://www.tiktok.com/sergemenga))

3. Sprachspiele: Unser Deutsch Gendern plus

In der Tagesschau vom 6. September hat der Sprecher ein Gender-Übersoll erfüllt. Die Rede war von den *Ländergesetzgeberinnen*. Vielleicht gab es noch einen Hick vorm i, die gesprochene Variante von *Ländergesetzgeber*innen* mit Genderstern. Oder habe ich das überhört? Egal. Eines war klar: Das Wort *Ländergesetzgeber* wurde gendert. Als sei der *Ländergesetzgeber* ein Mann. Mit Bart und anderen Geschlechtsmerkmalen. Mit *-in* wird er auch zur Frau, ohne Bart usw. Ist das eine alberne Folgerung? Was passt hier nicht? Gendern kann man, wenn man denn will, nur Bezeichnungen von Personen. Hier hilft das Movierungs-Suffix *-in*. Das gilt für die meisten Wörter auf *-er* wie *Lehrer*, *Bürger*, *Tüftler*. Daneben aber gibt es auch *Schalter*, *Aufkleber*, *Wagenheber*, die ein Instrument bezeichnen, oder eben *Gesetzgeber*, eine Institution – sie haben ein maskulines Genus, sind aber nicht männlich. Was hat den ARD-Redakteur zum verkehrten Gendern veranlasst? Vielleicht der Artikel *die*. Der hat allerdings doppelte Funktion: nicht nur feminin Singular (*die Frau*) sondern auch Plural für alle Genera (*die Frauen*, *die Kinder*, *die Ländergesetzgeber*). Sollte man nicht verwechseln. Hier hat es jemand besonders recht machen wollen. Ein Übersoll. Feministische Journalistenpflicht erfüllt.

Einen anderen Fall lernen wir in dem Buch ‚Zwischenwelten‘ von Juli Zeh und Simon Urban kennen. Ein Buch aus E-Mail- und Whatsapp-Dialogen zwischen dem Journalisten Stefan und der Bäuerin Theresa, Studienfreunden, die beruflich verschiedene Wege gingen. Alle E-Mails von Stefan sind gegendert, es wimmelt von *Kolleg*innen*, *Stellvertreter*innen*, *Onliner*innen* bis zum *Ritter*innenschlag*. Da ich das Buch vorgelesen habe, musste ich – um der Authentizität willen – auch den Stern mit Hick produzieren. Meine Zuhörer:in fand es abstoßend. Der Clou des Genderns kommt am Schluss. Stefan wird Chefredakteur des bedeutenden Wochenblatts der BOTE (ein kaum verborgener Anklang an den *SPIEGEL*). Als Zeichen der Neuorientierung wird es umbenannt in die BOT*IN. Zeitgeist getroffen, Erfolg gesichert. Gelungene Satire auf Journalismus und Feministik.

Horst Haider Munske

Der Autor ist Professor für Germanistische Sprachwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Vereins Deutsche Sprache e. V. Ergänzungen, Kritik oder Lob können Sie schicken an: horst.munske@fau.de.

4. Kultur

Merkel bleibt beim Deutschen

Laut Media Control ist die Autobiographie von Angela Merkel das bisher erfolgreichste Buch im Jahr 2024 auf dem deutschen Buchmarkt. Unter dem Titel „Freedom“ erscheint es nun auch in englischer Sprache und kein geringerer als Ex-US-Präsident Barack Obama stellte es vergangene Woche gemeinsam mit Merkel in Washington vor. Obwohl Merkel fließend Englisch spricht, blieb sie beim Deutschen. Obama erklärte: Merkel, die Wissenschaftlerin, wolle präzise bleiben. Martin Franke empfindet das in der *FAZ* als „altes Versäumnis“ deutscher Politiker. „Ich bewerbe mich um das Amt des Außenministers, nicht um das des Dolmetschers“ – diese Devise des früheren Außenministers Hans-Dietrich Genscher gebe es noch heute. Die Reihe der blamablen Auftritte auf Englisch reicht von Günther Oettinger über Guido Westerwelle und Christian Lindner bis hin zu Annalena Baerbock. Nur Angela Merkel habe sich nicht damit blamiert, in englisch anmutenden Sätzen einem anglophonen Publikum gefallen zu wollen, so Franke. ([faz.net](https://www.faz.net) (Bezahlschranke), [media-control.de](https://www.media-control.de))

Edda Moser zur deutschen Sprache

Die Opernsängerin Edda Moser, die Ehrenmitglied im VDS ist, berichtete im Mittagmagazin über ihre Liebe zur deutschen Sprache. „Wenn wir keine Sprache mehr haben, dann sind wir niemand mehr“, so Moser, „unsere deutsche Sprache ist unser großer Besitz und unser Gewinn, und wir müssen einfach individuell bleiben.“ Anglizismen lehne sie nicht grundsätzlich ab, sie würden bei Fachbegriffen durchaus sinnvoll sein, aber in der Alltagssprache gebe es genügend deutsche Entsprechungen. Auch das Gendern lehnt sie ab, in der deutschen Sprache gebe es alles, was man ausdrücken möchte. ([ardmediathek.de](https://www.ardmediathek.de) (verfügbar bis 29.11.2025))

7. Soziale Medien

Lehrergewerkschaft ohne Deutsch-Kenntnisse

Ein VDS-Mitglied schickte uns ein Foto vom Fahrradstellplatz der Lehrergewerkschaft GEW in Hessen. Dort stand „Reserviert für Beschäftigte und GEW Kolleg:innen“. „Gendergaga in Kombination mit Deppenleerzeichen, Respekt!“ kommentierte Alexander Sazyma auf der VDS-Facebook-Seite, und @DrHoplitschek schreibt auf Twitter: „Grauenhaft! Da sieht man am Eingang schon, welcher Ideologie die Entscheider frönen. Niemals!!“ Die GEW Hessen äußerte sich bei Instagram zu dem Posting. Der Rechtschreibrat habe das Gendern mit

Sonderzeichen zwar im Dezember 2023 nach wie vor als Abweichung von der orthografischen Norm bewertet, habe aber dennoch erkannt, dass die geschlechtergerechte Schreibung im Wandel sei und sich für eine „rezeptive Toleranz“ ausgesprochen.

([instagram.com/vds](https://www.instagram.com/vds), [x.com/vds](https://www.x.com/vds), [facebook.com/vds](https://www.facebook.com/vds))

Info-Brief vom 14.12.:

1. Presseschau

Schwach im Lesen

„Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind bis 10.00 Uhr hier ist“. So lautet ein Satz aus der neuen Bildungsstudie PIAAC, den die Studienteilnehmer zu interpretieren hatten. Etwa 22 Prozent der deutschen Erwachsenen hatten Probleme, den Inhalt dieser Aussage richtig zu erfassen. In Deutschland haben 4.800 Menschen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren an der Studie teilgenommen, insgesamt waren es in 31 Ländern 160.000 Teilnehmer. Getestet wurden Lesekompetenz, alltagsmathematische Kompetenz sowie die Problemlösungsfähigkeit. Am besten schnitten Finnland, Japan, die Niederlande, Norwegen und Schweden ab. Deutschland liegt mit seinen Ergebnissen zwar über dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten und schneidet besser ab als bei der Vergleichsstudie 2012. Aber das liegt vor allem daran, dass die Ergebnisse insgesamt schlechter waren. „In Finnland liegt die mittlere Lesekompetenz aller Erwachsenen über der mittleren Lesefähigkeit deutscher Hochschulabsolventen“, schreibt Heike Schmoll in der *FAZ*. Anlass zur Sorge bereitet vor allem, dass die Lesekompetenz bei Geringqualifizierten abnimmt, und zwar so weit, dass viele kaum in der Lage sein werden, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. ([faz.net](https://www.faz.net))

2. Gendersprache

Nur noch Frauen gemeint?

Geisel, Koryphäe, Person – im Deutschen können auch feminine Personenbezeichnungen geschlechtsübergreifend sein. Neuerdings hört man im Radio und anderen gesprochenen Medien häufiger auch dort das „generische Femininum“, wo es eigentlich nicht hingehört und sogar zu Missverständnissen führt. Helmut Viereck gibt in der *WELT* Beispiele: In Finnland gibt es viele Schutzräume für Finninnen (Männer werden abgewiesen?), Friedrich Merz kommt bei den Wählerinnen nicht gut an (aber die Männer mögen ihn?). „Deshalb gibt es in der Grammatik mit gutem Grund nur ein Generikum und nicht zwei“, so Viereck. Das generische Femininum schaffe Verwirrung, wo das traditionelle Deutsch Eindeutigkeit herstelle. ([welt.de](https://www.welt.de) (Bezahlschranke))

Zwei Städte – zwei Gender-Entscheidungen

Unterschiedlicher hätten die Abstimmungen in zwei Städten in Brandenburg nicht sein können. Die Kreistage in Ostprignitz-Ruppin und Potsdam-Mittelmark haben über das Gendern in der Verwaltung abgestimmt. In Ostprignitz-Ruppin habe es Diskussionen gegeben, sagte Landrat Ralf Reinhardt (SPD) dem *rbb*: „Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises hat dabei auch noch einmal klargestellt, dass wir auch das Landesgleichstellungsgesetz beachten müssen als Verwaltung.“ (Anm. d. Red.: Das Landesgleichstellungsgesetz des Landes Brandenburg sagt in § 13 (Sprache) nichts über Genderzeichen aus, sondern verweist auf die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und rät zu geschlechtsneutralen Personenbezeichnungen. Wo diese nicht gefunden werden können, „ist die weibliche und männliche Sprachform zu verwenden.“). Die Mitglieder des Kreistags entschieden sich schließlich, auch zukünftig mit Doppelpunkt zu gendern.

In Potsdam-Mittelmark schlug die CDU vor, alle Personen-, Amts- und Funktionsbezeichnungen in der Hauptsatzung im generischen Maskulinum zu belassen. So sollten Texte „klar, eindeutig und möglichst verständlich“ bleiben, hieß es in der Begründung. Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD wurde der Antrag angenommen. Melanie Balzer, Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, kritisierte die Entscheidung im Nachgang scharf: „Wenn eine konservative Mehrheit im Kreistag glaubt, dass es richtig sei, sich mit solchen Entscheidungen zurück ins 20. Jahrhundert zu katapultieren, dann kann ich mich nur wundern.“ ([tagesschau.de](https://www.tagesschau.de))

Straße mit Sternchen

Das Berner Stadtparlament diskutierte in der vergangenen Woche über den Vorschlag, Straßennamen im Stadtgebiet künftig zu gendern. Bereits im Jahr 2021 wurde das Thema von Jemima Fischer, Stadträtin von der Alternativen Linken, vorgestellt. Man wolle durch die Umbenennungen den „patriarchalen Dogmatismus“ hinter sich lassen und mehr „Gleichberechtigung im öffentlichen Raum“ zeigen. Fischer fordert, dass alle Straßennamen neben der weiblichen Form auch nichtbinäre Varianten beinhalten. Hierzu könne man entweder den Genderstern oder einen Schrägstrich verwenden. Aus dem Fischerweg werde somit der Fischer*innenweg, der Buchdruckerweg zum Buchdrucker/innenweg und der Genossenweg wird abwechselnd zum Genossinnenweg. Laut Fischer müssten die Anwohner ihre Adressen nicht ändern, da die Post auch gegenderte Straßen finden könnte. Die FDP antwortete jedoch, dass diese Vorschläge „fernab der Realität“ seien und die Stadt wichtigere Probleme habe, etwa die hohe Verschuldung. Mit deutlicher Mehrheit entschied das Parlament das Anliegen an den Gemeinderat zu übertragen. Dieser lehnte im weiteren Schritt die Umbenennung aufgrund der hohen Kosten und des administrativen Aufwands ab. Als Kompromiss wolle man künftig weibliche.

Hinweise zu Genderzwängen

Unter dem Motto „Stoppt Gendern, weil Sprache allen gehört“ unterstützt die bundesweite Infoplatzform stoppt-gendern.de ein breites Spektrum direktdemokratischer Maßnahmen für die Rückkehr zum Standardhochdeutschen in der öffentlichen Kommunikation. Seit Anfang Dezember gibt es auf der Netzseite ein anonymes Hinweisgebersystem. Es bietet erstmals Gelegenheit, Erfahrungen mit der Gendernötigung mitzuteilen, durch Dokumente zu belegen und in einem System zentral zu bündeln. Wo, wie und durch wen wird man mit Genderzwängen konfrontiert? Als Mitarbeiter am Arbeitsplatz, als Erziehungsberechtigter, als Student oder Schüler durch Bildungseinrichtungen, als Kunde durch Unternehmen oder ganz allgemein als Staatsbürger durch Behörden? (stoppt-gendern.de)

Neue VDS-Dokumentation im Deutschlandfunk

„Mein Jahr unter Sprachrettern“ ist der Titel einer neuen Radio-Dokumentation, die in dieser Woche im *Deutschlandfunk* zu hören war (und als Podcast weiterhin zu hören ist). Der Journalist Rainer Link wollte eigentlich über „Akteure“ berichten, die sich dem „Schutz der Muttersprache verpflichtet fühlen“. Stattdessen wirft er Themen wie Sprachkritik und Genderpolitik munter durcheinander und findet Versuche einer „Wiederbelebung rückwärtsgewandter Weltbilder“. Wie zu erwarten war, wird zunächst ein Bezug zum vermeintlichen „Geheimtreffen“ in Potsdam vor gut einem Jahr hergestellt (mit dem der VDS genauso wenig zu tun hatte wie z. B. der ADAC). Immer wieder geht es um Nähe zur AfD – als „Beweis“ kommt ein Hamburger AfD-Funktionär zu Wort, der auch Mitglied im VDS ist.

Für die Schlussfolgerung des Journalisten irrelevant ist, dass mehrere VDS-Vorstandsmitglieder im Interview erklären, dass es Meinungsvielfalt im VDS gibt und dass politische Betätigung im Verein zum Ausschluss der Mitglieder führen kann. Journalist Link sieht den VDS als „Vorfeldorganisation“ der AfD, weil der Verein mit Verweis auf seine Überparteilichkeit auf eine Unvereinbarkeitserklärung mit der AfD verzichtet. Um die Sprache geht es nur selten in dem Beitrag, höchstens um einen „rechtspopulistischen“ Tonfall. Dass der VDS, eben weil er über den Parteien steht, in der Lage ist, Sprachkritik in der gesellschaftlichen Mitte zu verorten, sieht der Journalist nicht. (hoerspielundfeature.de)

5. Soziale Medien

Sportwetter:innen

Das Statistik-Unternehmen *Statista* hat bei X (vormals Twitter) für Lacher gesorgt. In einer Infografik zu Sportwetten schrieb es: „Sportwetter:innen setzen vor allem auf Fußball“. (x.com/reisburgerin)

6. Kommentar

Sehr geehrter Herr Link!

Erlauben Sie mir aus der Auslandsgermanistik eine Reaktion auf Ihre Doku vom 10.12. mit dem leicht mokanten Titel *Mein Jahr unter Sprachrettern*. Ironie ist ein wohlbekanntes Totschlagargument. Den Verein Deutsche Sprache aber für einen leichtgläubigen Haufen zu halten, scheint mir ungerecht. Klar, die akademische Germanistik gibt ungern ihr Monopol in sprachlichen Angelegenheiten aus der Hand. Die von Ihnen unterstrichene Nähe zur AfD und zu *rückwärts gewandten Weltbildern* bezeichne ich mal als billigen Schlag unter die Gürtellinie. Nicht wer sich um den Erhalt und die Pflege der deutschen Sprache (wie übrigens auch meiner Muttersprache Niederländisch) sorgt, ist der Naivling. Nicht die *Hetze gegen das Fremdwort* ist aus meiner Sicht die deutsche *Krankheit*, das *Krebsgeschwür*, sondern ganz im Gegenteil die Amerika-Schwärmerei, die damit einhergehende Katzbuckelei und der sprachliche Stumpfsinn. Die *geschlechtergerechte Sprache*, wie Sie das so schön arglos nennen, ist in Wirklichkeit ein Krieg gegen einen genialen Kunstgriff der deutschen (übrigens auch der englischen) Sprache, das geschlechtsunspezifische Maskulinum, und damit wohl auch, wie ich aus Ihrem Beitrag gelernt habe, gegen eine DDR-Reminiszenz. Ich jedenfalls bin nicht derjenige, der versuchen möchte, meinen belgischen Studenten die aus ihrer Sicht nervenaufreibende und ridiküle Genderakrobatik beizubringen. Ein VDS stünde jeder Kulturation gut an. Uns, dem niederländischen Sprachraum, fehlt er leider. Ihre abschließende Frage beantwortend schließe ich mit einer Feststellung: Er wird in den deutschsprachigen Ländern jetzt erst recht gebraucht.

Prof. Dr. Roland Duhamel, Universität Antwerpen (B), 2. Vorsitzender des VDS

Info-Brief vom 20.12.:

1. Presseschau

Lohnt sich Latein noch?

Michael Kniess von *ZDFheute* geht der Frage nach, wie sinnvoll es heutzutage noch ist, Latein zu lernen. Philologen argumentieren zwar, dass es beim Erlernen anderer Fremdsprachen helfe und das logische Denken fördere, Kritiker hinterfragen jedoch die These, dass sich Latein positiv auf die Intelligenz auswirke. Jürgen Gerhards, Ulrich Kohler und Tim Sawert von der Freien Universität Berlin sind in ihrer Studie ebenfalls der Frage nachgegangen, welchen Nutzen Latein hat. Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass die vermeint-

lichen Vorteile, die sogenannten Transfereffekte, also die Förderung des logischen Denkens durch Latein oder das erleichterte Erlernen weiterer Sprachen, sich auch dann zeigen, wenn man eine moderne Fremdsprache lernt. Latein sei hierfür nicht notwendig. Der Inhaber des Lehrstuhls für Romanische Sprach- und Medienwissenschaft an der Universität Mannheim, Johannes Müller-Lancé, erklärt, dass es in der Forschung umstritten sei, ob Latein lernen überhaupt beim Erlernen weiterer Sprachen helfe. Denn Lateinunterricht beschränke sich auf das passive Lernen, Lesen und Übersetzen. Jürgen Gerhards geht sogar so weit und bezeichnet jahrelangen Lateinunterricht als eine „Zeitverschwendung“. Auch für das Studium und das Verstehen von Quellen sei Latein nur in den Fächern Kunstgeschichte oder Theologie sinnvoll. Gerhards erläutert, dass der gesellschaftliche Stellenwert des Lateinlernens vor allem darin lege, sich von bestimmten sozialen Schichten abzugrenzen. Latein sei ein Ausdruck der humanistischen Bildung. Johannes Müller-Lancé, der selbst ausgebildeter Lateinlehrer ist, räumt ebenfalls ein, dass Latein nicht unbedingt der Bildung diene. Jedoch sei Latein eine „sozialneutrale Sprache“. Auch Kinder aus ärmeren Familien können mithalten und zeigen, dass sie gebildet sind, denn Latein wird in keinem Land gesprochen. Ebenfalls komme Lateinunterricht den Schülern entgegen, die nicht gerne kommunizieren. Denn im Gegensatz zu anderen Fremdsprachen komme es nicht darauf an, möglichst schnell und viel zu sprechen. (zdf.de)

2. Gendersprache

Gendern löst Streit in Schulklassen aus

In Mecklenburg-Vorpommerns Schulen sorgt das Gendern für Verwirrung. Ein Lehrer aus dem Landkreis Rostock berichtet über Streitigkeiten in den Klassen aufgrund von Gender-sonderzeichen in Schulbüchern. Der Lehrer, der anonym bleiben will, erklärt gegenüber der *Ostsee Zeitung*, dass in den Klassen eine klare Regelung zum Einsatz der Gendersprache fehle. Die Schreibweisen in den Schulbüchern seien nicht einheitlich und somit „zu chaotisch“. Insbesondere die Verständlichkeit der Texte leide unter dieser fehlenden Struktur. Dies führe zu Streitigkeiten unter den Schülern. Obwohl der Lehrer das Gendern als „sinnvoll“ betrachtet, ist die Realität in den Klassen ein „unsinniges Durcheinander unverständlicher Wortgruppen.“ Um die Schüler zu entlasten und Streitigkeiten zu vermeiden, kopiert er nun Seiten aus alten Lehrbüchern, in denen die Gendersprache nicht vorkommt. Der Landes- elternrat Mecklenburg-Vorpommern spricht sich ebenfalls gegen das Gendern in Schulbüchern aus und auch Felix Wizowsky, Vorsitzender des Landesschülerrates MV, betont, dass Gendern in den Lehrbüchern zu Verständnisproblemen führen könne, insbesondere bei den Schülern, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Auf Anfrage der *Ostsee Zeitung* erklärt das Bildungsministerium, dass die Verantwortung zum Verwenden der Gender-sonderzeichen in den Lehrbüchern bei den Verlagen liege. Das Gendersternchen gehöre jedoch weiterhin nicht zur amtlichen deutschen Rechtschreibung. (ostsee-zeitung.de (Bezahlschranke))

Wahlkampfthema Gendersprache

Was die Stellung der Gendersprache angeht, entwickelt sich Deutschland zunehmend zum Flickenteppich – wobei grundsätzlich nach wie vor gilt, dass Gender-sonderzeichen in der Amtssprache nichts zu suchen haben. In manchen Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt) ist Gendersprache „offiziell“ verboten, andere setzen sich darüber hinweg (Berlin). An Schulen, Universitäten und manchen Behörden gilt die amtliche Schreibung ohnehin nicht mehr viel. Möglicherweise kommt vor der Bundestagswahl nun politische Bewegung in die Thematik und die Amtssprache wird Wahlkampfthema. So zitiert der Berliner *Tagesspiegel* aus dem Entwurf des Wahlprogramms der Unionsparteien: „Wir setzen uns dafür ein, dass im öffentlichen Raum – an Schulen und Universitäten, im Rund-

funk und der Verwaltung – auf die Gendersprache verzichtet wird“. „Gender-Zwang aus ideologischen Gründen“ lehnen CDU und CSU ab. ([tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de))

Iris Berben steht zum Gendern

Im Gespräch mit der Zeitschrift *Bunte* betont die Schauspielerin Iris Berben, dass das Gendern „wichtig“ sei. Denn Sprache müsse sich verändern und mit ihr die gesellschaftliche Haltung. Die 74-Jährige berichtet, dass sie gelernt habe sich anders auszudrücken. Obwohl sie das Gendern befürwortet, hält die Schauspielerin jedoch von der „Cancel Culture“ (Löschkultur) nicht viel. Menschen aufgrund von Unwissenheit oder einer falschen Ausdrucksweise zu boykottieren, stelle „eine enorme Gefahr“ dar. ([abendzeitung-muenchen.de](https://www.abendzeitung-muenchen.de))

7. Soziale Medien

Wahlkämpfende

Auf X (vormals Twitter) hat der Nutzer @hori_____zont ein Bildschirmfoto von einem ZDF - Onlineartikel geteilt, in dem die SPD Angriffe auf „Wahlkämpfende“ verurteilt. Dieses Partizipialkonstrukt soll offenbar Genderzeichen vermeiden, es zeigt aber vor allem, dass nicht jedes Partizip geeignet ist, um etwas "geschlechtergerecht" auszudrücken. Das Wort „Wahlkämpfer“ wäre verständlich und korrekt gewesen, während „Wahlkämpfende“ eher den Eindruck erzeugt, man befinde sich in einer römischen Arena voller Gladiatoren (und vielleicht auch Gladiatorinnen?). @DUlmanus30381 kommentiert „Wenn die Sendenden zu Belehrenden der Zuschauenden werden, wird man gerne zum Abschaltenden.“, und @merobechhb drückt es ganz unverblümt aus: „Können die ihre ideologische Woke-Scheiße bitte unterlassen und sich einfach an die deutsche Rechtschreibung halten?!“ (x.com/hori_____zont)